

## Über die Politik der SED

*Auszug aus einer Unterredung mit einem Vertreter des  
„Neuen Deutschlands“*

*Frage: Was ist wohl als das wichtigste politische Ereignis des  
verflorbenen Jahres anzusehen?*

*Antwort:* Das wichtigste politische Ereignis des Jahres 1948 ist zweifellos die Zerreißung Deutschlands durch die westlichen Besatzungsmächte, indem sie mit aktiver Unterstützung der Parteiführungen der SPD und der bürgerlichen Parteien den separaten Weststaat schufen und auch die Hauptstadt Berlin spalteten.

*Frage: Welche Folgen werden sich für das deutsche Volk aus  
diesen Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte ergeben?*

*Antwort:* Die Auswirkungen sind für das gesamte deutsche Volk, besonders aber für die Bevölkerung der westlichen Besatzungszonen, außerordentlich folgenschwer. Der Wiederaufbau der durch den Hitlerkrieg zerrütteten Wirtschaft und die Behebung des großen Notstandes des werktätigen Volkes werden durch die Zerreißung Deutschlands nicht nur erschwert, sondern in den westlichen Besatzungszonen fast unmöglich gemacht. In den Westgebieten Deutschlands ist von den Besatzungsmächten jegliche Überführung der Betriebe der Konzernherren und anderer Kriegsverbrecher sowie des Großgrundbesitzes in die Hände des Volkes verboten. Die Macht der alten kriegsschuldigen Monopolherren wurde wieder aufgerichtet und damit die Unterdrückung und Ausbeutung des werktätigen Volkes gesteigert und dessen wirtschaftliche Lage fortgesetzt verschlechtert. Von einer Demokratie, die dem werktätigen Volke einen bestimmenden Einfluß einräumt, ist überhaupt keine Rede. Die Entwicklung in der Ostzone bewegt sich in der umgekehrten Richtung, wo durch die Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht der demokratische Aufbau der Wirtschaft und der

Verwaltung ständig vorwärtsgeht und durch die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung und durch die Zusammenarbeit mit den antifaschistisch-demokratischen Kräften in den bürgerlichen Parteien sich die Lage des werktätigen Volkes ständig verbessert.

*Frage: Was gedenkt die SED gegen die Folgen der Zerreißung Deutschlands zu unternehmen?*

*A n t w o r t:* Die SED wird im Bunde mit den anderen demokratischen Parteien und Massenorganisationen den Kampf für die Einheit Deutschlands und für einen gerechten Friedensvertrag unbeirrt fortsetzen und alles tun, um auch das werktätige Volk in den westlichen Besatzungszonen für diesen Kampf zu gewinnen und ferner die Einheit der Arbeiterbewegung herbeizuführen.

*Frage: Es wird in der westlich lizenzierten Presse oft die Behauptung aufgestellt, daß die SED die Alleinherrschaft in der Ostzone anstrebe und durch diktatorische Maßnahmen die Enteignung der privatkapitalistischen Betriebe und des grobuerlichen Besitzes durchführen wolle?*

*A n t w o r t:* Diese Behauptungen entbehren jeder Grundlage und stehen der Politik der SED vollständig entgegen. Die SED will in der Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Kräften die Verantwortung für die weitere Entwicklung auf möglichst breiter Basis entfalten. Es besteht nicht die Absicht, weitere Enteignungen vorzunehmen, weder in der Industrie noch in der Landwirtschaft. Den Saboteuren und Spekulanten wird selbstverständlich durch entsprechende Strafen gründlich ihr schandbares Handwerk gelegt, worin sich alle demokratischen Kräfte einig sind.

*Frage: Es wird oft davon gesprochen, daß in der Ostzone bereits die Herrschaft der Arbeiterklasse und damit die Volksdemokratie bestnde. Ist das richtig?*

*A n t w o r t:* Nein, das ist grundfalsch. Wer Gelegenheit gehabt hat, die großen Reden Bieruts auf dem Warschauer Vereinigungsparteitag und Georgi Dimitroffs auf dem Bulgarischen

Parteitag über den Charakter der Volksdemokratie zu lesen, wird sofort den großen Unterschied verstehen, der zwischen der Volksdemokratie und der politischen Situation in der sowjetischen Besatzungszone besteht. Die Bedingungen in der sowjetischen Besatzungszone sind von denen der Volksdemokratie grundverschieden. Die SED sieht ihre Aufgabe nicht darin, zur Volksdemokratie überzugehen, sondern vielmehr darin, die bestehende neue, demokratische Ordnung zu festigen, damit die reaktionären Kräfte nicht mehr in der Lage sind, ihre alte Machtstellung wiederzuerlangen.

*Frage: Welche Aufgaben hat sich die am 14. Januar zusammen-tretende Parteikonferenz der SED gestellt?*

*A n t w o r t:* Es sind sehr wichtige Aufgaben, die von den zu dieser Parteikonferenz entsandten Delegierten beraten und beschlossen werden müssen. Es ist die Verstärkung des Kampfes gegen die Kriegshetzer, für den Frieden und die Einheit Deutschlands, ferner besteht die große Aufgabe der Durchführung des Zweijährwirtschaftsplans, durch den die Produktion erheblich gesteigert und die wirtschaftliche Lage des werktätigen Volkes wesentlich verbessert wird. Um diese Aufgaben zu erfüllen und die konsequente Führung der großen demokratischen Bewegung zu sichern, muß sich die SED zu einer Partei neuen Typus entwickeln. Die SED ist sich der hohen Verantwortung bewußt, die sie in der Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Parteien und Massenorganisationen in der Durchführung der großen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben vor dem werktätigen Volke hat. Die Verschärfung des Kampfes durch das in- und ausländische Monopolkapital und die Preisgabe der nationalen Interessen des werktätigen Volkes durch die sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteiführungen im Westen Deutschlands und in den Westsektoren Berlins erfordern den Einsatz aller demokratischen Kräfte, die Deutschland und das deutsche Volk vor der schlimmsten Katastrophe bewahren wollen.

*„Neues Deutschland“, Berlin,  
30. Dezember 1948.*

# Gegen die Kriegshetzer — für den Frieden

*Rede auf der Messekundgebung in Leipzig am 7. März 1949*

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde!

Gestatten Sie, daß ich Sie und besonders unsere Gäste aus den westlichen Besatzungszonen und aus dem Auslande im Namen des deutschen Volksrats auf das herzlichste begrüße. Der Deutsche Volksrat ist das gesamtdeutsche Organ, das sich das deutsche Volk auf dem Volkskongreß am 17. und 18. März vorigen Jahres zur Vertretung seiner nationalen, politischen und wirtschaftlichen Interessen wählte und das mit seinen 400 Mitgliedern alle Teile des schaffenden deutschen Volkes vertritt. Es existiert vorläufig in Deutschland kein anderes Organ, das dieses Recht zur Vertretung der gesamtdeutschen Interessen für sich in Anspruch nehmen kann.

Es wurden von den in der sowjetischen Besatzungszone bestehenden antifaschistisch-demokratischen Parteien sehr große Anstrengungen gemacht, mit den in den westlichen Besatzungszonen bestehenden Parteien zu einer Verständigung darüber zu kommen, gemeinsam eine gesamtdeutsche nationale Vertretung des deutschen Volkes zu schaffen, die es sich zur Aufgabe stellt, gegenüber den Besatzungsmächten die nationalen, wirtschaftlichen und politischen Forderungen zu begründen und ihre Durchsetzung zu erlangen. Dafür bot das bekannte Potsdamer Abkommen der vier Großmächte eine gute Grundlage. Leider aber haben die Parteien in den westlichen Besatzungszonen, besonders Herr Dr. Schumacher von der Sozialdemokratischen Partei, diese Zusammenarbeit abgelehnt und damit die Position des deutschen Volkes gegenüber den Besatzungsmächten außerordentlich geschwächt. Es ist kein Zweifel, daß das dem Willen der westlichen Besatzungsmächte entsprach.

Um das deutsche Volk nicht ohne eine gesamtdeutsche Vertretung seiner Interessen zu lassen, wurde von den Parteien der sowjetischen Besatzungszone der Deutsche Volkskongreß An-

fang Dezember 1947 in Berlin einberufen, der dadurch eine außerordentlich große Bedeutung erlangte, weil er auf Grund von Delegiertenwahlen in ganz Deutschland zustande kam. Dem Kongreß war die Aufgabe zugewiesen, gegenüber der in London tagenden Außenministerkonferenz der vier alliierten Mächte die Forderung des deutschen Volkes nach *sofortigem Abschluß eines gerechten Friedensvertrages* zu vertreten. Es wurde eine Delegation von 18 Mitgliedern gewählt. Der Empfang der Delegation wurde aber von den Außenministern der westlichen Besatzungsmächte abgelehnt, obwohl der Außenminister der Sowjetunion den Empfang forderte.

Am 17. und 18. März vorigen Jahres fand der 2. Deutsche Volkskongreß in Berlin statt, der in den Mittelpunkt seiner Beratungen den *Kampf um die Einheit Deutschlands* stellte. Die westlichen Besatzungsmächte gingen nach dem Scheitern der Londoner Konferenz offen dazu über, Maßnahmen zur Zerreißung Deutschlands zu ergreifen und einen separaten Weststaat zu schaffen. Daraus ergab sich die dringende Notwendigkeit, daß das deutsche Volk selbst seine Stimme dagegen erhob. Der Deutsche Volkskongreß beschloß die Durchführung eines Volksbegehrens für die Einheit Deutschlands. Annähernd 15 Millionen wahlberechtigte deutsche Staatsbürger und 2 Millionen Jugendliche zeichneten sich in die Listen des Volksbegehrens für die Einheit Deutschlands ein. Dem Alliierten Kontrollrat wurde daraufhin ein Gesetz zur Beschlußfassung oder ein Gesetz zur Genehmigung für den Volksentscheid unterbreitet, wonach Deutschland eine unteilbare, demokratische Republik sein soll. Eine Antwort auf diese Forderung wurde nicht erteilt.

Eine sehr bedeutsame Maßnahme des zweiten Volkskongresses war die Wahl des Deutschen Volksrats, der aus 400 Mitgliedern aus allen Teilen Deutschlands besteht und die ständige nationale Interessenvertretung des deutschen Volkes ist.

Die Lage des deutschen Volkes hat sich seitdem außerordentlich verschlechtert. Zu der Zerreißung Deutschlands und der Verweigerung eines Friedensvertrages durch die Westmächte kommt jetzt die *drohende Gefahr eines neuen Krieges* gegen die Sowjetunion. Von den westlichen Besatzungsmächten — besonders von dem amerikanischen Monopolkapital — wird eine sich täg-

lich steigende Kriegshetze gegen die Sowjetunion betrieben, die von den Parteipolitikern der Sozialdemokratie und der westlich orientierten bürgerlichen Parteien unterstützt wird. Es ist kein Zweifel, daß die Kriegshetze gegen die Sowjetunion darauf beruht, daß diese für die Einheit Deutschlands und für einen gerechten Friedensvertrag eintritt, eben in der Erkenntnis, daß nur so der Friede in Europa gesichert werden kann. Diesen Frieden aber wollen die westlichen Besatzungsmächte nicht. Sie wollen Deutschland sich unterwerfen, um es auszuplündern und für einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion zu benutzen. So ergibt sich für das deutsche Volk die weitere große Aufgabe, den stärksten Kampf gegen die Kriegshetze und Kriegsvorbereitungen zu führen und alle friedensgewillten Menschen in diesen Kampf einzubeziehen.

Diese Aufgabe hat sich erneut die am 17. und 18. März zusammentretende 6. Tagung des Deutschen Volksrats gestellt, wo unter der Losung der *nationalen Selbsthilfe* dem durch die Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte geschaffenen *nationalen Notstand* begegnet werden soll. Wahrscheinlich wird es aus diesem Grunde auch notwendig werden, den Volkskongreß erneut einzuberufen, um vor aller Welt und besonders vor dem deutschen Volke die große Gefahr eines neuen Krieges aufzuzeigen und den Kampf dagegen zu organisieren. Die Notwendigkeit ergibt sich schon deshalb, weil von den westlichen Besatzungsmächten und ihren deutschen Lakaien in den Parteiführungen der Sozialdemokratie und der westlich orientierten bürgerlichen Parteien alles unternommen wird, um durch einen ungeheuerlichen Massenbetrug das Volk für diesen Krieg zu gewinnen, es in den Glauben zu versetzen, daß ihm die Gefahr eines neuen Krieges von der Sowjetunion drohe.

So steht vor dem deutschen Volke die große Aufgabe, sich über die Sachlage völlig klarzuwerden. Der Deutsche Volksrat hat sich die Aufgabe gestellt, diese Aufklärung durchzuführen. Das deutsche Volk muß sich entscheiden, ob es mit der Deutschlandpolitik der westlichen Besatzungsmächte, mit der Politik der Zerreißung Deutschlands, der kolonialen Versklavung des deutschen Volkes und des neuen Krieges gehen will oder sich der Deutschlandpolitik der Sowjetunion anschließt, der Politik der

Einheit Deutschlands, des gerechten Friedensvertrages, des wirtschaftlichen Aufbaus und des Friedens. Vor dieser Alternative steht unser Volk, steht jeder einzelne in Deutschland. Niemand vermag sich der hohen Verantwortung zu entziehen. Niemand soll sagen, daß er nicht über die Sachlage informiert gewesen sei. Der Volksrat und die mit ihm verbundenen Parteien sagen mit aller Gründlichkeit, was die Folgen sein werden, wenn das deutsche Volk der Deutschlandpolitik der westlichen Besatzungsmächte folgt, wie ihm das von den westlichen Parteiführungen angeraten wird. Ich erinnere an die alte Warnung: Wer Hitler wählt, wählt den Krieg! Die Warnung wurde nicht beachtet, und unser Volk hat schwer darunter zu leiden.

Wie ernst die Lage in bezug auf die Kriegsgefahr ist, ist erst in diesen Tagen durch Äußerungen von namhaften Parteiführern in Frankreich, Italien und England zum Ausdruck gebracht worden, wo von Maurice Thorez, Palmiro Togliatti und Harry Pollitt offen die Kriegshetze der Westmächte verurteilt und der Friedenswille der Sowjetunion hervorgehoben wurde, und daß im Falle einer Aggression der Westmächte der Kampf gegen sie geführt und die Sowjetarmee im Kampfe für den Frieden unterstützt werden müsse. Ich denke, jeder vernünftige Mensch muß sich dieser Auffassung anschließen. Wir haben genug vom Krieg. Gerade wir Deutschen wollen nicht, daß auch noch der Rest von Deutschland zerstört wird, der uns noch vom Hitlerkriege übriggeblieben ist. Darum müssen wir auch mit aller Entschiedenheit den Kriegshetzern entgentreten und verhindern, daß das deutsche Volk noch einmal Opfer der Kriegsverbrecher wird.

Wir müssen vor allem solchen Auffassungen entgentreten, daß der Krieg unvermeidlich sei und die Kriegskräfte der imperialistischen Mächte unüberwindlich wären. Eine solche Propaganda wird betrieben, um das Volk einzuschüchtern und für den Krieg reif zu machen. Aber die Weltlage ist eine ganz andere. Die sozialistische Sowjetunion ist die stärkste Friedensmacht der Welt. An ihrer Seite steht das große freie chinesische Volk, stehen die Völker der Volksdemokratie, stehen die um ihre Freiheit kämpfenden Kolonialvölker. Es ist das große demokratische, antiimperialistische Lager, das den Krieg bekämpft und in dem sich die fortschrittlichen Menschen aus allen kapitalistischen

Ländern befinden und mit ihnen auch das deutsche Volk. Die Sowjetunion als das Land des Sozialismus hat im Hitlerkrieg ihre große Kraft bewiesen und sich große Sympathien bei allen Völkern der Welt erworben. Der Gedanke des Sozialismus hat tiefe Wurzeln geschlagen und bedroht die Diktatur der imperialistischen Kapitalsmächte. Die Völker wollen sich nicht mehr von den Imperialisten ausplündern und unterjochen lassen. Eine ernste Krise hat die Länder des Imperialismus gepackt. Darin liegt der tiefe Grund, warum sie in einem neuen Krieg einen Ausweg aus dieser Krise suchen und hoffen, die Sowjetunion als das Land des Sozialismus besiegen zu können. Das wird ihnen aber nicht gelingen.

Die Deutschlandpolitik der westlichen Besatzungsmächte äußert sich immer stärker in den Maßnahmen, die auf die Kolonisierung Deutschlands gerichtet sind. Die Zerreißung Deutschlands durch die Bildung des separaten Weststaates war dazu der erste Schritt. Entgegen dem Potsdamer Abkommen vom Juli 1945, in dem die alliierten Mächte dem deutschen Volke die Einheit Deutschlands, einen gerechten Frieden und den wirtschaftlichen Aufstieg zusicherten, gingen die Westmächte dazu über, dieses Abkommen zu brechen und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion einzustellen. Weil die Sowjetunion sich an das Potsdamer Abkommen hält, weil sie für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag eintritt, deshalb stellten die Westmächte die Zusammenarbeit ein und gingen sogar bis zur offenen Kriegshetze.

Der Kolonisierung Westdeutschlands wird durch das vorbereitete Besatzungsstatut der Stempel aufgedrückt, durch das dem deutschen Volk jedes nationale Selbstbestimmungsrecht genommen wird und durch das die militärische Besetzung des Landes auf 30 bis 50 Jahre ausgedehnt werden soll. Der jetzige Eingriff der drei westlichen Militärgouverneure in die von dem „Parlamentarischen Rat“ in Bonn ausgearbeitete Verfassung läßt deutlich den mit dem Besatzungsstatut verfolgten Plan erkennen. Westdeutschland soll durch einen extremen Föderalismus völlig auseinandergerissen und die einzelnen Länder zu willfährigen Objekten der kolonialen Herrschaftsgelüste der Militärgouverneure gemacht werden. Was nach deren Auffassung noch der „Bundesregierung“ der drei Besatzungszonen an Vollmachten

gelassen wird, ist mehr eine Verhöhnung als eine Anerkennung. Der Prozeß, der von der britischen Militärregierung gegen Max Reimann, den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands, geführt wurde, weil er sich gegen die Losreißung des Ruhrgebietes wandte und die westdeutschen Parteipolitiker als Verräter an der Sache des deutschen Volkes, als Quislinge bezeichnete, läßt ebenfalls erkennen, daß dem deutschen Volke irgendwelche ernstesten Rechte der Kritik und des Kampfes gegen die Maßnahmen der Besatzungsmächte nicht zuerkannt werden. Das deutsche Volk hat nach ihrem Willen Befehle entgegenzunehmen, hat zu gehorchen und im übrigen das Maul zu halten.

Das Schimpfliche an der Lage des deutschen Volkes ist, daß sich aus seinen eigenen Reihen Politiker finden, die den westlichen Besatzungsmächten bei ihrer Kolonisierungspolitik Lakaien-dienste leisten und sich damit auf das schwerste an den nationalen Interessen des deutschen Volkes vergehen. In ihrem Haß gegen die Sowjetunion und gegen die freiheitliche Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone lassen sie sich dazu verleiten, den westlichen Besatzungsmächten bei der Zerreißung Deutschlands, der Verweigerung des Friedensvertrages, der Ausplünderung durch den Marshallplan, dem Raub des Ruhrgebietes und dem Anschluß des Weststaates an den westeuropäischen Kriegsblock Gefolgschaft zu leisten. Das geht sogar so weit, daß sie auch die Hauptstadt Berlin in dieses Chaos hineinreißen und durch die separate Währungsreform zu einem Teil für Spekulanten und Schieber machen. Es hat wenig zu sagen, wenn diese Parteipolitiker hier und dort kleine Einwendungen gegen die Kolonisierungspolitik der westlichen Besatzungsmächte erheben. Sie haben durch ihre Politik die Voraussetzungen dafür geschaffen, und keine noch so zarte Einwendung kann sie von der Verantwortung befreien, die sie vor den werktätigen Massen tragen.

Wie ganz anders sind die Resultate der Deutschlandpolitik der Sowjetunion, die durch die sowjetische Besatzungsmacht seit dem Juli 1945 betrieben wird. Was schon von Generalissimus Stalin noch während des Krieges ausdrücklich klargestellt wurde, daß die Sowjetarmee nicht das deutsche Volk versklaven, sondern ihm helfen wolle, aus seiner schweren Lage herauszukommen, das wurde auch von der sowjetischen Besatzungsmacht kon-

sequent durchgeführt. Die in dem Potsdamer Abkommen dem deutschen Volke gegebenen Zusicherungen wurden in vollem Maße eingehalten. Es wurde die Bildung und Entwicklung antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften und anderer demokratischer Massenorganisationen gefördert, das Zustandekommen einer einheitlichen Partei der Kommunisten und Sozialdemokraten unterstützt. Die politische Ausmerzung der Faschisten und Kriegsverbrecher wurde durch die Bodenenteignung der Junker und die Enteignung der industriellen Kriegsverbrecher wie durch eine konsequente Entnazifizierung mit aller Gründlichkeit durchgeführt. Die demokratische Schul- und Justizreform und die Durchführung der demokratischen Selbstverwaltung haben eine feste Grundlage für die neue antifaschistisch-demokratische Ordnung geschaffen. Hinzu kommt die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission und die Steigerung der Produktion durch die Aktivistenbewegung, die Aufstellung des Zweijährwirtschaftsplans und eine Reihe von Maßnahmen, durch die das Leben der Arbeiter und Angestellten, der Bauern und Handwerker, der Wissenschaftler und Künstler wesentlich verbessert wird.

Kann die Deutschlandpolitik der Sowjetunion im Gegensatz zu der der Westmächte noch besser gekennzeichnet werden als durch die Tatsache, daß zur Verbesserung der Ernährung des deutschen Volkes nicht nur große Mengen an Getreide und Fett, sondern auch zur Verbesserung der Bodenbearbeitung in diesen Tagen 1000 Traktoren, 540 Lastkraftwagen und 10 000 Tonnen Walzstahl von der Sowjetunion der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden? Das kennzeichnet den sozialistischen Geist der Sowjetunion gegenüber dem imperialistischen Geist der Westmächte, die Panzer, Kanonen und Gewehre für den Krieg nach Europa liefern, wie das in Griechenland und anderen Ländern geschieht.

Mit diesen Darlegungen soll selbstverständlich nicht der Eindruck erweckt werden, als ob in der sowjetischen Besatzungszone schon alle Schwierigkeiten überwunden wären, die sich in der Lebenshaltung des deutschen Volkes aus dem Hitlerkrieg ergeben haben. Dazu war die Katastrophe viel zu groß, als daß

ihre Auswirkungen in dieser relativ kurzen Zeit hätten behoben werden können. Darum rufen wir auch alle Teile des werktätigen Volkes auf, alle Kräfte an die Steigerung der Produktion in der Industrie und in der Landwirtschaft zu setzen. Darin liegt auch die große Bedeutung der Hennecke-Aktivistebewegung, mit der die Arbeiter den Beweis liefern, daß sie ihr neues Verhältnis zur Arbeit verstehen, daß sie nicht mehr für den Profit der Großkapitalisten arbeiten, sondern durch verbesserte Arbeitsmethoden höhere Leistungen zur Ausgestaltung der Betriebe und für die Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen vollbringen.

Die Erfolge in unserer Zone sind natürlich keine zufälligen, sondern das Resultat davon, daß sich die fortschrittlichen Kräfte zur gemeinsamen Arbeit zusammenfanden. Nicht in gegenseitigem Parteihader — wie das im Westen der Fall ist —, sondern durch kameradschaftliche Verständigung wurde im Gemeinsamen Ausschuß des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung außerordentlich stark gefördert und die Grundlage für die neue, antifaschistisch-demokratische Ordnung geschaffen. Es ist oft der Verwunderung Ausdruck gegeben worden, wie eine solche Zusammenarbeit überhaupt möglich sei, und es wurde vermutet, daß das nur dadurch herbeigeführt werde, daß sich die bürgerlichen Parteien dem Diktat der Sozialistischen Einheitspartei unterwerfen oder sich durch die Besatzungsmacht dazu zwingen lassen. Es ist klar, daß solche Vermutungen nur von denen herrühren, die diese Zusammenarbeit zum Wohle des deutschen Volkes nicht wollen, sondern die es lieber sehen, wenn sich die Parteien gegenseitig bekämpfen. Aus diesem Grunde wurde auch im Westen Deutschlands die Vereinigung der Kommunisten und der Sozialdemokraten durch die westlichen Besatzungsmächte verhindert. Sie fürchten die Einheit der Arbeiterklasse, und sie fürchten auch die Zusammenarbeit der Arbeiterparteien mit den bürgerlichen Parteien. Aber wir haben in der sowjetischen Besatzungszone den Beweis erbracht, daß eine solche Zusammenarbeit trotz der unterschiedlichen Auffassungen in der Weltanschauung und auch in wirtschaftlichen Fragen doch möglich ist, wenn jede Partei die Förderung des

allgemeinen Wohles des Volkes im Auge hat und die Nebenfragen dieser Hauptfrage unterzuordnen versteht.

Die Sozialistische Einheitspartei hat nicht die Absicht, irgendeine Vorrechtstellung in der Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien einzunehmen, sondern sie will die Verantwortung für die Durchführung der notwendigen Maßnahmen in völlig gleicher Weise mit den anderen Parteien teilen. Wenn sie in der Durchführung der Aufgaben hier und dort durch eine stärkere Initiative hervortritt und größere Energien entwickelt, so sollen dadurch die anderen Parteien in keiner Weise benachteiligt werden. Im Gegenteil, wir wünschen, daß das auch zur Entwicklung ihrer Initiative und Energie beiträgt. So haben wir also in der sowjetischen Besatzungszone eine glückliche Lösung für unsere Zusammenarbeit gefunden. Sie findet auch ihre Widerspiegelung im Deutschen Volksrat, der sich mit seiner Arbeit nicht nur auf die sowjetische Besatzungszone, sondern auf ganz Deutschland erstreckt.

Es ist nur zu wünschen, daß der Deutsche Volksrat, hervorgegangen aus der deutschen Volkskongreßbewegung, in viel stärkerem Maße als bisher seine Verbindungen im Westen Deutschlands findet und daß ihm durch die westlichen Besatzungsmächte keine weiteren Schwierigkeiten gemacht werden. In der deutschen Volkskongreßbewegung sollen sich alle Teile des deutschen Volkes, Arbeiter und Angestellte, Intellektuelle, Bauern und Handwerker, zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, um dem deutschen Volke die demokratische Einheit, einen gerechten Friedensvertrag, die Entfaltung der Demokratie und den wirtschaftlichen Aufstieg und damit den Frieden zu sichern. Es geht um eine große nationale Lebensfrage unseres Volkes. Es geht um die Rettung Deutschlands vor der Katastrophe eines neuen Krieges.

*„Neues Deutschland“, Berlin,  
8. März 1949.*

## Lehren der Parteikonferenz

Von der Parteikonferenz sind den Mitgliedern und Organen der Partei sehr ernste Aufgaben gestellt. Diese Aufgaben werden aber nur richtig erfüllt werden, wenn jedes Parteimitglied, besonders aber jeder Funktionär der Partei, sich mit diesen Aufgaben und ihrer Durchführung gründlich vertraut macht. Von allen Organen der Partei ist dafür Sorge zu tragen, daß den Mitgliedern der Partei die Beratungen und Beschlüsse der Parteikonferenz zugänglich gemacht werden und eine gewissenhafte Kontrolle darüber durchgeführt wird, daß individuell und kollektiv die Aufgaben studiert und in allen Einzelheiten praktisch in Angriff genommen werden. Jedes Mitglied der Partei muß über die Politik der Partei informiert sein und wissen, welche Aufgaben ihm in der Durchführung dieser Politik zugewiesen sind. In den Sitzungen der Parteiorgane, in den Mitgliederversammlungen und Konferenzen der Partei muß immer wieder eine Kontrolle über die Inangriffnahme der gestellten Aufgaben ausgeübt und durch entsprechende Kontrollfragen und Belehrungen die Voraussetzungen dazu geschaffen werden. Diese Kontrolle ist in der ganzen Partei von oben nach unten, von den Landes- und Kreisleitungen, von den Parteileitungen in den Orten, in den Betriebs- und Wohnbezirksgruppen durchzuführen. Das gleiche gilt auch für die Tätigkeit der Funktionäre und Mitglieder der Partei in den Massenorganisationen, in den Verwaltungs- und Betriebsorganen. Ich stelle diese Aufgaben der Information, Belehrung und Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse der Parteikonferenz an die erste Stelle, weil gerade in dieser Hinsicht bisher sehr viel versäumt wurde und nur so eine wirkliche Sicherheit für die Durchführung der Beschlüsse geschaffen wird.

Zu dem guten Verlauf der Parteikonferenz hat ihre gründliche Vorbereitung beigetragen, die seit Mitte des vorigen Jahres durch die Beratungen im Parteivorstand und in den Landes- und Kreiskonferenzen, wie auch in den Mitgliederversammlungen

durchgeführt wurde. Nur durch diese Vorbereitung war es möglich, das Verständnis in der Mitgliedschaft für die Bedeutung der Aufgaben zu erwecken, die auf der Parteikonferenz zur Beratung und Beschlußfassung standen. Diese Vorbereitung hat auch dazu beigetragen, daß die Beratungen auf der Parteikonferenz auf einer beachtlichen politischen und wissenschaftlichen Höhe standen und in den vier Tagen der Konferenz die gestellten Aufgaben mit aller Gründlichkeit behandelt werden konnten. Aber jetzt kommt es darauf an, daß die Konferenzbeschlüsse in der ganzen Partei durchgesprochen und Sicherungen für ihre Durchführung getroffen werden. Die Beratungen und Beschlüsse erstrecken sich auf alle Gebiete des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, und es muß von ihnen auch das gesamte werktätige Volk erfaßt werden. Darum muß auch die Agitations- und Werbearbeit der Partei unter den Massen von diesen Beratungen und Beschlüssen der Konferenz durchdrungen sein.

Die vielseitigen Aufgaben, die die Parteikonferenz stellt, können in drei Hauptgebiete zusammengefaßt werden:

1. Der Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden;
2. der Kampf um die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Ostzone;
3. der Kampf um die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus.

Diese Aufgaben stehen nicht getrennt nebeneinander, sondern sind eng miteinander verbunden und erstrecken sich in ihrer Auswirkung auf ganz Deutschland. In den drei Referaten der Genossen Pieck, Ulbricht und Grotewohl wurden diese Hauptaufgaben in allen ihren Einzelheiten dargelegt. In der Berichtserstattung über die Konferenz müssen diese Darlegungen noch ergänzt werden, weil es darauf ankommt, die Beschlüsse in der praktischen Arbeit durchzuführen. Der politische und wirtschaftliche Kampf für die Durchführung der gestellten Aufgaben ist ein sehr differenzierter Kampf, dessen Bedingungen in den Gebieten, Orten, im Dorfe und in den Betrieben sehr unterschiedlich sind. Es gibt daher keine allgemeingültigen Rezepte, sondern

der Kampf muß auf Grund der besonderen Bedingungen geführt werden. Das müssen unsere Parteimitglieder gut verstehen. Darin liegt auch die große Bedeutung der Erziehung unserer Mitglieder im Geiste des Marxismus-Leninismus, der Richtschnur und Anleitung zum Handeln ist.

In dem einleitenden Referat der Parteikonferenz habe ich von der Notwendigkeit der Wendung in unserer gesamten Parteiarbeit gesprochen. Dabei bezog ich mich darauf, daß der Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands und für einen gerechten Friedensvertrag durch die Zuspitzung des Kampfes gegen die Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte auf die Zerreißung und koloniale Versklavung Deutschlands, die Losreißung des Ruhrgebietes und die Verwandlung Westdeutschlands in ein Aufmarsch- und Rüstungsgebiet für einen neuen Krieg, in ein neues Stadium getreten ist, bei dem es um die Verteidigung der nationalen Lebensexistenz unseres Volkes geht und wobei unsere Partei die führende Rolle in diesem Kampfe übernehmen muß. Es leuchtet jedem ein, daß diese Situation die Partei vor Aufgaben stellt, die mit den bisherigen Methoden nicht bewältigt werden können, sondern eine grundlegende Änderung in unserer gesamten Parteiarbeit erfordern. Gerade diese Notwendigkeit hängt mit der Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus eng zusammen, über die innerhalb der Partei noch eine sehr gründliche Diskussion geführt und Klarheit geschaffen werden muß. Es handelt sich hierbei nicht nur um gut formulierte Charakterisierungen der Partei neuen Typus, sondern vor allem um die Durchführung ihrer Prinzipien im Leben der Partei, daß jedes Parteimitglied von ihrem Wesen und der Notwendigkeit ihrer Durchführung überzeugt ist und entsprechend handelt. Es ist klar, daß dazu noch eine große Arbeit in der Partei geleistet werden muß.

Noch eine andere Notwendigkeit erfordert die Wende in unserer Parteiarbeit. Das ist die Hervorkehrung des nationalen Charakters unserer Politik und unseres Kampfes. Gewiß haben wir in den von dem Vereinigungsparteitag beschlossenen „Grundsätzen und Zielen“ erklärt, daß wir als unabhängige Partei in unserem Lande für die wahren nationalen Interessen unseres Volkes kämpfen und daß wir die fortschrittlichste und beste

nationale Kraft sind, die mit aller Energie gegen alle partikularistischen Tendenzen für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands eintritt. Aber diese grundsätzliche Erklärung trat in der Politik der Partei nicht deutlich genug hervor, weil sie im Bewußtsein unserer Parteimitglieder nicht genügend verankert war. Und darin müssen wir eine Wendung vollziehen. Es muß durch die politische Arbeit unserer Parteimitglieder vor dem gesamten deutschen Volke klarwerden, daß die einzige Partei, die die nationalen Interessen des deutschen Volkes mit aller Konsequenz und Energie vertritt, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist.

Es mehren sich die Anzeichen, daß bereits wieder reaktionäre Kräfte am Werke sind, die versuchen, mit nationalistischen Losungen unter gleichzeitiger Hetze gegen die Sowjetunion, mit der Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze die Volksmassen für einen neuen Krieg einzufangen. Auch der Marshallplan wird von diesen Kräften als eine Hilfe für den wirtschaftlichen Aufbau gepriesen, obwohl er der kolonialen Versklavung des deutschen Volkes dient. Wir dürfen nicht zulassen, daß es diesen reaktionären Kräften gelingt, die Volksmassen zu betrügen und sich als die nationalen Retter zu gebärden. Wir müssen zeigen, daß die Politik und der Kampf der Partei tatsächlich der nationalen Rettung dienen, indem wir für die demokratische Einheit Deutschlands und für den gerechten Friedensvertrag eintreten und den Kampf gegen die reaktionären Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte und die ihnen dienenden Landesverräter führen. An Hand konkreter Beispiele muß der Unterschied gezeigt werden, der zwischen der nationalistischen Politik der Kriegstreiber und unserer nationalen Politik besteht. Wenn wir für die Verständigung und die Freundschaft mit den anderen Völkern, insbesondere mit der Sowjetunion, eintreten, so widerspricht das nicht unserer nationalen Politik, sondern im Gegenteil, wir werden damit in bester Weise den nationalen Interessen unseres Volkes gerecht. Wir sichern damit den Frieden und den wirtschaftlichen Aufbau unseres Landes.

Wenn die drei von der Parteikonferenz behandelten Hauptaufgaben auch eng miteinander verbunden sind, so enthält doch jede dieser Hauptaufgaben eine Reihe von wichtigen Einzel-

heiten, deren Erfüllung von großer Bedeutung für den Erfolg des gesamten Kampfes sind.

## 1. DER KAMPF FÜR DEMOKRATISCHE EINHEIT UND GERECHTEN FRIEDEN

Es wurde schon dargelegt, daß der Kampf für die demokratische Einheit und den gerechten Frieden ganz besonders die nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes berührt. Das hat auch dazu beigetragen, daß die deutsche Volkskongreßbewegung einen so breiten Widerhall im deutschen Volke gefunden hat. Als im November/Dezember 1947 die Londoner Außenministerkonferenz von den westlichen Besatzungsmächten wegen der deutschen Friedensfrage gesprengt wurde, ging es um die von dem Außenminister der Sowjetunion vertretenen deutschen Friedensforderungen, die in dem Potsdamer Abkommen der vier Großmächte niedergelegt waren. Das betraf besonders die Einheit Deutschlands und einen die Lebenshaltung des deutschen Volkes sichernden Friedensvertrag. Die westlichen Besatzungsmächte betreiben statt dessen die Zerreißung Deutschlands und wollen dem deutschen Volke an Stelle eines Friedensvertrages ein koloniales Besatzungsstatut aufzwingen. Angesichts dieser Gefahr wurde auf Initiative der SED im Dezember 1947 der Deutsche Volkskongreß einberufen, an dem über 2000 Delegierte aus ganz Deutschland teilnahmen. Der Kongreß wählte eine Delegation, die in London die Forderungen des deutschen Volkes auf die Einheit Deutschlands und den gerechten Friedensvertrag vertreten sollte. Der Forderung des sowjetischen Außenministers auf Einladung und Anhören der Delegation wurde von den westlichen Besatzungsmächten nicht entsprochen. Sie gingen im Gegenteil dazu über, ihre Maßnahmen zur Zerreißung Deutschlands durch die Bildung eines Weststaates einzuleiten und durch die beabsichtigte Schaffung einer Westregierung fortzuführen. Durch die separate Währungsreform, durch die Losreißung des Ruhrgebietes und die Vorbereitung des Besatzungsstatuts und durch den Plan, Westdeutschland in den gegen die Sowjetunion

gerichteten militärischen Westblock einzuschließen, führen die Westmächte einen Schlag nach dem anderen gegen die nationale Lebensexistenz des deutschen Volkes. Mit größter Rücksichtslosigkeit haben sie ihre Spaltungs- und Versklavungsmaßnahmen auch auf die Hauptstadt Deutschlands, auf Berlin, ausgedehnt und hier ein wahres Chaos in der Wirtschaft und Verwaltung angerichtet.

In dem Kampfe, den unsere Partei gegen diese reaktionären Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte führt, hat die Partei es verstanden, eine breite nationale Kampffront durch die Einbeziehung der anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen zu entwickeln. Die beiden Volkskongresse im Dezember 1947 und im März 1948 waren getragen von dem entschlossenen Kampfwillen dieser nationalen Front. Diesen Kampfwillen gilt es weiterzuentwickeln und zu festigen, um das ganze deutsche Volk damit zu erfüllen und es den westlichen Besatzungsmächten unmöglich zu machen, ihre gegen Deutschland gerichteten reaktionären Ziele zu verwirklichen und das deutsche Volk sogar noch dafür zu mißbrauchen. Die westlichen Besatzungsmächte haben wohl verstanden, welche Bedeutung dieser nationale Kampf für Deutschland hat und welcher Widerstand gegen ihre Pläne damit erzeugt wird. Deshalb suchen sie zu verhindern, daß die nationale Friedens- und Einheitsbewegung auf die westlichen Besatzungsgebiete übergreift, und gehen gegen sie mit den brutalsten terroristischen Mitteln vor. Die Verurteilung des Vorsitzenden der KPD, Max Reimann, zu drei Monaten Gefängnis und seine sofortige Verhaftung, weil er sich gegen die Losreißung des Ruhrgebietes wandte und die deutschen Politiker, die die westlichen Besatzungsmächte bei ihrer reaktionären Politik unterstützen, als Quislinge bezeichnete, ist nur ein Kennzeichen für diesen Terror. Eine Anzahl Arbeiter in Bochum, die es zur Sicherung ihres Arbeitsplatzes ablehnten, sich an der Demontage ihres Betriebes zu beteiligen, wurden ebenfalls zu Gefängnis verurteilt.

In den Referaten auf der Parteikonferenz und in der Diskussion wurde sehr viel Material über die gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes gerichtete Politik der westlichen Besatzungsmächte und über den ungeheuerlichen Landesverrat der

ihnen hörigen deutschen Politiker gegeben. Das Material muß in der Agitation verwendet werden. Zwar wurde der organisatorischen Trennung der in den westlichen Besatzungszonen bestehenden Kommunistischen Partei Deutschlands von der SED, wie sie aus politischen Gründen vom Parteivorstand der KPD Anfang Januar beschlossen wurde, von der Parteikonferenz zugestimmt, aber um so stärker muß der Kampf gegen die Politik der Westmächte von beiden Parteien geführt werden. Besonders die Losreißung des Ruhrgebietes stellt diese Forderung mit aller Eindringlichkeit, weil es hierbei tatsächlich um die nationale Existenzgrundlage des deutschen Volkes geht. Der Aufbau der deutschen Wirtschaft wird unerhört erschwert, wenn das Ruhrgebiet aus dem deutschen Wirtschaftskörper herausgerissen und der Beherrschung durch das ausländische Monopolkapital, vor allem das amerikanische, unterstellt wird. Die Werktätigen des Ruhrgebietes werden nicht nur der doppelten Ausbeutung durch das einheimische und das ausländische Monopolkapital unterstellt, sondern es werden der deutschen Wirtschaft auch die für den Aufbau der Friedenswirtschaft entscheidenden Rohstoffe (Kohle, Stahl, Holz) entzogen. So steht der Kampf gegen die Losreißung des Ruhrgebietes in engstem Zusammenhang mit dem Kampf für die demokratische Einheit und den gerechten Frieden, für den das deutsche Volk in seiner Gesamtheit mobilisiert werden muß.

Die Partei kann mit großer Genugtuung feststellen, daß durch die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone, durch die Einheit der Arbeiterbewegung und durch die Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen sehr viel dazu beigetragen wurde, daß den werktätigen Massen in den westlichen Besatzungszonen das große Beispiel für den nationalen Kampf, für Einheit und gerechten Frieden gegeben wird.

Mit den von der Parteikonferenz gestellten Aufgaben des Kampfes für die nationalen Interessen des deutschen Volkes, mit dem Kampfe für die Einheit Deutschlands und den gerechten Frieden ist eng verbunden das Bekenntnis zur internationalen Solidarität, zur friedlichen und freundschaftlichen Verbundenheit mit den anderen demokratischen und friedliebenden Völkern,

vor allem mit dem Sowjetvolk. Auf der Parteikonferenz kam dieses Bekenntnis in den Begrüßungsansprachen der Vertreter der ausländischen Bruderparteien und in der hohen Begeisterung zum Ausdruck, mit der diese Begrüßungen von der Parteikonferenz erwidert wurden. Es kommt jetzt darauf an, eine gründliche Aufklärung über die Kriegshetze der westlichen Besatzungsmächte und ihrer deutschen Trabanten zu verbreiten und die Kriegspolitik des amerikanischen und britischen Monopolkapitals zu entlarven, wozu das sowjetische Außenministerium in seiner Erklärung zu dem Nordatlantikpakt viel Material gegeben hat. Mit aller Eindringlichkeit ist die Stärke des antiimperialistischen Lagers und die Kraft nachzuweisen, die die Sowjetunion in der Verteidigung des Friedens bildet. Für das deutsche Volk ist dabei von besonderer Bedeutung, daß es in seinem Kampf für die Einheit und den gerechten Frieden den besten Freund in der Sowjetregierung, mit Genossen Stalin an der Spitze, hat.

## 2. DIE FESTIGUNG DER ANTIFASCHISTISCH-DEMOKRATISCHEN ORDNUNG

Die großen Fortschritte, die wir in der sowjetischen Besatzungszone in der Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung gemacht haben, dürfen uns nicht über die Widerstände hinwegtäuschen, die noch von reaktionären Kräften dieser Entwicklung entgegengesetzt werden und die dazu besonders durch die reaktionären Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte ermutigt werden. Diese Kräfte zeigen sich besonders in den bürgerlichen Parteien, in denen sie auch die Zusammenarbeit mit unserer Partei zu stören versuchen. Das wird durch die Verbreitung von Gerüchten über angebliche weitere Enteignungen des Privatbesitzes und der Vernichtung des Kapitalismus, über Diktaturpläne der SED und anderes mehr versucht, wie auch durch solche Verleumdungen, daß die SED die bürgerlichen Parteien hintergehe und sie über ihre wahren Absichten täusche.

Die Politik der SED ist völlig eindeutig auf die Vertretung der nationalen und sozialen Interessen des werktätigen Volkes eingestellt, auf den Kampf für die demokratische Einheit Deutsch-

lands und den gerechten Frieden, auf den demokratischen Aufbau der Wirtschaft und den Wirtschaftsplan für die Verbesserung der Lebenshaltung des werktätigen Volkes, auf die Demokratisierung der Verwaltung und des Kulturlebens. Das sind alles Fragen, über deren Lösung zwischen der SED und den bürgerlichen Parteien keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Eindeutigkeit ihrer Politik ist die Basis der Zusammenarbeit in der deutschen Volkskongreßbewegung, in dem von ihr gewählten Deutschen Volksrat und in dem Gemeinsamen Ausschuß des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, die sich seit dem Sommer 1945 durchaus bewährt hat. Unklarheiten über die politische Bedeutung dieser Zusammenarbeit mag an manchen Orten, sowohl von seiten der SED als auch von bürgerlicher Seite, zu vorübergehenden Störungen dieser Zusammenarbeit geführt haben. Es ist dringend erforderlich, daß über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit Klarheit geschaffen wird.

Auch in der SED besteht bei manchen Genossen noch eine falsche Vorstellung über das gegenwärtige politische Regime in der sowjetischen Besatzungszone. Es wird gleichgestellt mit dem Regime in den volksdemokratischen Ländern, wo schon die Macht der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus besteht und die Volksdemokratie mit Erfolg die Funktionen der Diktatur des Proletariats zur Liquidierung der kapitalistischen Elemente und der Organisierung der sozialistischen Wirtschaft ausübt. Dabei wird völlig der wesentliche Unterschied übersehen, der zwischen der Lage in den volksdemokratischen Ländern und in der Lage in Deutschland besteht. Deutschland ist kein einheitliches Land, sondern von den westlichen Besatzungsmächten politisch und wirtschaftlich zerrissen. Deutschland hat noch keinen Frieden, sondern ist von ausländischen Mächten militärisch besetzt. Diese Lage Deutschlands muß man sich immer vor Augen halten und darf die Entwicklung nicht nur von der Lage in der sowjetischen Besatzungszone beurteilen. Es hieße den Spaltnern Deutschlands direkt in die Hände arbeiten, wenn wir die Lage im Westen Deutschlands unberücksichtigt ließen und damit den Anschein erweckten, als ob wir uns mit der Spaltung Deutschlands schon

abgefunden hätten. Darum legen wir so großes Gewicht auf den Kampf für die demokratische Einheit Deutschlands und den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und die Aufhebung der militärischen Besetzung Deutschlands.

Wir haben in der sowjetischen Besatzungszone eine antifaschistisch-demokratische Ordnung, in der die Arbeiterklasse bereits sehr wichtige Positionen innehat, eine Ordnung, die auf der Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte beruht und deren Macht durch diese Zusammenarbeit und die Entwicklung der führenden Rolle der Arbeiterklasse immer mehr gestärkt wird. Wir haben die Aufgabe, alles daranzusetzen, daß wir in gemeinsamer Arbeit mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen die antifaschistisch-demokratische Ordnung festigen und verhindern, daß niemals mehr die reaktionären Kräfte die Oberhand gewinnen. Wir geben selbstverständlich unser Endziel, die Verwirklichung des Sozialismus, so wie wir es in unseren „Grundsätzen und Zielen“ auf dem Vereinigungsparteitag beschlossen haben, nicht auf. Aber diesem Ziele kommen wir um so näher, je mehr wir den allgemeinen Kampf des deutschen Volkes um Frieden und Einheit, um die nationalen Interessen des deutschen Volkes mit dem Kampf des Proletariats für den Sozialismus in einem gemeinsamen Strom des Kampfes gegen den Imperialismus vereinen.

Darin besteht das Wesen der Blockpolitik, die wir im Rahmen der deutschen Volkskongreßbewegung und in der Zusammenarbeit im Gemeinsamen Ausschuß des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen zur Stärkung unseres nationalen Kampfes betreiben. Diese Zusammenarbeit beruht auf der gemeinsamen Verständigung über alle Fragen des aktuellen Kampfes. Irgendwelche Mehrheitsabstimmungen sind dabei nicht am Platze. Jeder Teilnehmer an dieser Zusammenarbeit muß sich von dem Verständnis für die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes leiten lassen. Es müssen also die Fragen so lange diskutiert werden, bis eine Übereinstimmung erzielt ist. Daß das möglich ist, hat die bisherige Zusammenarbeit erwiesen. Das schließt natürlich nicht aus, daß sich auch Gegensätze ergeben können, über die es zu keiner Verständigung kommt. Der Klassenkampf ist in der sowjetischen Besatzungszone

nicht aufgehoben und erfährt sogar unter dem Einfluß der westlichen Reaktion eine gewisse Verschärfung. Gerade darum ist es von so großer Bedeutung, daß die fortschrittlichen Kräfte in den bürgerlichen Parteien dafür Sorge tragen, daß sich ihr Einfluß innerhalb ihrer Parteien immer mehr stärkt und die reaktionären Einflüsse zurückgedrängt werden.

Von größter Bedeutung für die Verstärkung des gemeinsamen Kampfes ist die Bündnisfrage. Es geht darum, das Verständnis der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen für die gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben zu wecken und zu verstärken und daraus die Erkenntnis für die Zusammenarbeit und ein dauerndes Bündnis hervorzurufen. Es ist eine sehr wichtige Feststellung, die auf der Parteikonferenz gemacht wurde, daß es an dieser Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land, zwischen den Arbeitern, Bauern und Intellektuellen noch sehr mangelt und zum Teil das Verständnis für die Bedeutung der Bündnisfrage noch fehlt. Hier steht eine sehr große Aufgabe vor der Partei, vor allen Funktionären und Parteimitgliedern, sich stets bewußt zu sein, daß die gestellten Kampffragen nur erfolgreich gelöst werden können, wenn dieses Bündnis geschaffen und zu einer dauernden und festen Kraft entwickelt wird. Von dieser Notwendigkeit gesehen, erhält die Arbeit der Partei im Dorfe, unter den Bauern und Landarbeitern, wie auch unter den Intellektuellen eine ganz besondere Bedeutung. Es muß die ernste Lehre aus den Beratungen und Beschlüssen der Parteikonferenz gezogen werden, daß wir eine wirkliche Wendung in unserer Arbeit auf diesem Gebiete vollziehen und eine ständige Kontrolle der leitenden Parteiorgane in dieser Hinsicht ausüben müssen. Es gehört diese Arbeit zu einem der wesentlichen Merkmale der Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus.

In engstem Zusammenhang mit der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone steht auch der auf Initiative der SED beschlossene Wirtschaftsplan für 1949/1950, durch den eine wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung des werktätigen Volkes herbeigeführt werden soll. Die Parteikonferenz hat sich sehr eingehend mit diesem Plan und der der Partei gestellten Aufgabe beschäftigt. Es geht darum, im Betrieb und im Dorf das Verständnis für die hohe Bedeutung

dieses Planes zu wecken und eine erhöhte Arbeitsproduktivität zu erzielen, um die Erfüllung und Übererfüllung des Wirtschaftsplans zu erreichen. Dafür gibt die Hennecke-Aktivistenbewegung einen großen Ansporn, und es muß von der Partei alles getan werden, um diese Bewegung zu erweitern und zu festigen. Die Durchführung des Wirtschaftsplans ist auch von der größten Bedeutung für die Agitation in den westlichen Besatzungszonen, wo bereits wieder die alten Kriegsverbrecher die Kommandohöhen der Wirtschaft besetzt halten und in Gemeinschaft mit den ausländischen Monopolkapitalisten die Wirtschaft lediglich nach ihren Profitinteressen gestalten. Die Leidtragenden sind die werktätigen Massen, auf deren Kosten diese Entwicklung vor sich geht und wodurch sich ihre Lage fortgesetzt verschlechtert.

### 3. DIE ENTWICKLUNG DER SED ZU EINER PARTEI NEUEN TYPUS

Im Vordergrund der Diskussionen über die Vorbereitung der Parteikonferenz stand die Frage, was in der Partei geschehen muß, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die SED sich zu einer Partei neuen Typus entwickelt. Auch auf der Parteikonferenz wurde diese Frage sehr eingehend behandelt. Es ist das nicht nur eine Frage der politischen und wissenschaftlichen Erziehung auf Grund der Lehren des Marxismus-Leninismus, sondern auch eine Frage der Beziehungen der Partei zu den werktätigen Massen und des organisatorischen und demokratischen Zustandes in der Partei. Es gilt Sicherheiten dafür zu schaffen, daß die Partei ihre führende Rolle in der Arbeiterbewegung und in dem gemeinsamen Kampfe für die nationalen Interessen des deutschen Volkes auszuüben vermag. Genosse Grotewohl hat in seinem Referat im einzelnen dargelegt, was unter der Partei neuen Typus zu verstehen ist. Es ist die Aufgabe, darüber in der Partei volle Klarheit zu schaffen, damit es nicht bloß bei der Erkenntnis der dafür geltenden Lehrsätze bleibt, sondern alles dafür getan wird, daß diese Lehrsätze in der Arbeit der Partei, ihrer leitenden Organe und der Mitgliedschaft in die Tat umgesetzt werden. Viel, sehr viel muß auf diesem Gebiete geleistet

werden. Vor allem muß die häufig nicht genügend tiefgründige Behandlung politischer Fragen und der Schlendrian in der Durchführung der gefaßten Beschlüsse schnellstens überwunden werden. Die Partei leidet daran und vermag nicht ihre Aufgaben so zu erfüllen, wie es die Zuspitzung der Situation erfordert. Darum sollen sich unsere leitenden Parteiorgane und die Mitgliedschaft unserer Partei sehr eingehend mit der Verwirklichung der Aufgabe, die SED zu einer Partei neuen Typus zu machen, beschäftigen. Es sind deshalb die zu dieser Aufgabe auf der Parteikonferenz gepflogenen Beratungen und gefaßten Beschlüsse gründlich zu studieren und in jeder Organisation, auch in bezug auf unsere Arbeit in den Massenorganisationen, Maßnahmen zu treffen, um diese Beschlüsse zu verwirklichen.

Die Parteikonferenz hat Beschlüssen des Parteivorstandes ihre Zustimmung gegeben, durch die einige organisatorische Maßnahmen in der Partei durchgeführt werden sollen, die auch im Rahmen der Entwicklung zu einer Partei neuen Typus liegen. Auf dem Vereinigungsparteitag war auf Grund des Zusammenschlusses der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei festgelegt worden, daß die Funktionen innerhalb der SED paritätisch besetzt werden sollten, um damit eine schnellere innere Verschmelzung herbeizuführen. Dieser Prozeß der Verschmelzung ist abgeschlossen. Darum konnte die Parteikonferenz den Parteiorganisationen den Rat geben, von einer weiteren paritätischen Besetzung der Funktionen Abstand zu nehmen. Das hat den Vorteil für die Partei, daß dadurch Kräfte für andere Funktionen der Partei frei werden. Aber von noch größerer Bedeutung ist die Hervorkehrung der persönlichen Verantwortlichkeit der Genossen für die von ihnen auszuübende Funktion.

Eine andere wichtige Maßnahme für die Entwicklung zu einer Partei neuen Typus ist die von der Parteikonferenz beschlossene Einführung der Kandidatenzeit für die Aufnahme in die Partei. Es wird notwendig sein, über diese Maßnahmen und ihre Beweggründe volle Klarheit in der Partei zu schaffen. In den Beschlüssen ist vorgesehen, daß für Arbeiter eine kürzere Kandidatenzeit gilt, weil diese durch ihre Betriebsarbeit und die gewerkschaftliche Zugehörigkeit enger mit der Arbeiterbewegung verbunden sind. Es kann aber auch die Kandidatenzeit verkürzt oder ganz

aufgehoben werden, wenn besondere Gründe dafür vorliegen. In jedem Einzelfall muß das von den leitenden Parteiorganen ausdrücklich beschlossen werden. Die Aufnahme als Kandidat der Partei darf nicht verwechselt werden mit der Aufnahme in die Partei, die erst nach Absolvierung der Kandidatenzeit erfolgen kann. Diese Maßnahme wurde notwendig infolge der hohen Verantwortung, die die Partei mit der Durchführung ihrer Aufgaben übernimmt und für die es notwendig ist, Garantien durch die innere Festigung der Partei zu schaffen. Durch den Zustrom von neuen Mitgliedern zur Partei, die mit ihrer Politik, ihren Grundsätzen, ihrem Wesen, ihren Beschlüssen nicht vertraut sind, müssen Sicherheiten dafür getroffen werden, daß in Anbetracht der komplizierten Lage und der zu treffenden Entscheidungen der Partei keine Schwankungen in den unteren und mittleren Organen eintreten und die innere Festigkeit der Partei gewahrt wird. Die Kandidatenzeit beruht also nicht auf irgendwelchem Mißtrauen, sondern soll eine gewisse Lehrzeit in der Partei sein, um dann nach Absolvierung der Kandidatenzeit stimmberechtigtes Mitglied der Partei zu werden. Die Werbearbeit der Partei wird sich also künftig auf die Gewinnung von Kandidaten erstrecken, wobei großes Gewicht darauf gelegt werden muß, die fortgeschrittensten Menschen für die Partei zu werben, um damit auch eine den Aufgaben der Partei entsprechende soziale Zusammensetzung zu sichern.

Noch eine organisatorische Maßnahme soll aus den Beschlüssen der Parteikonferenz hervorgehoben werden, die auch mit der Entwicklung zur Partei neuen Typus zusammenhängt. Das ist die Schaffung einer operativen kollektiven Führung der Partei in ihrer Spitze und in den Ländern. Für die zentrale Parteiführung wurde die Bildung eines Politischen Büros (Politbüro) und für die Führung in den Ländern die Schaffung eines engeren Sekretariats beschlossen. Durch diese Maßnahmen wird nicht nur das Prinzip der persönlichen Verantwortlichkeit der diesen Körperschaften angehörenden Genossen unterstrichen, sondern auch die operative Arbeit bedeutend verbessert werden.

Es sind große und schwierige Aufgaben, die der deutschen Arbeiterklasse heute von der Geschichte gestellt werden. Diese Aufgaben wird sie nur erfüllen, wenn sie eine einheitliche Füh-

rung hat, die beseelt ist vom Geiste des Marxismus-Leninismus, die entschlossen den Kampf gegen alle Feinde der Arbeiterklasse und für die nationalen und sozialen Interessen des deutschen werktätigen Volkes führt. Eine solche Führung ist die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Sie zu einer Partei neuen Typus zu machen, das ist jetzt die entscheidende Aufgabe: Nur eine solche Partei kann die führende Rolle der Arbeiterklasse verwirklichen und das Bündnis mit allen werktätigen Schichten schmieden. Nur eine solche Partei kann die Massen zur Lösung der großen Aufgaben führen, die auf der Parteikonferenz formuliert wurden. Unsere I. Parteikonferenz hat die Bilanz der bisherigen Arbeit gezogen. Sie hat die Lage analysiert und die daraus entspringenden Aufgaben festgelegt. Unser Weg ist klar vorgezeichnet. Jetzt hängt alles von unserer Fähigkeit ab, die auf dieser Konferenz festgelegte Generallinie in die Tat umzusetzen.

*„Einheit“, Berlin, 4. Jahrgang,  
Heft 3, März 1949.*

# Telegramm an den Jungaktivistenkongreß

Liebe junge Freunde!

Ihr seid zu einer wichtigen Tagung zusammengekommen. Die Tat des Bergarbeiters Hennecke hat eine große Bewegung in der sowjetischen Besatzungszone ausgelöst. Es geht darum, durch größere, qualitativere Leistung den Lebensstandard unseres Volkes zu erhöhen. Es geht um den Beweis, daß die werktätigen Menschen befähigt sind, mit ihren eigenen Kräften besser und sorgfältiger zu arbeiten, als es in den kapitalistischen Betrieben der Fall ist.

Mit besonderer Freude stelle ich die Tatsache fest, daß die Jugend unter den Hennecke-Aktivisten einen großen Anteil hat. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte beweist Ihr damit, daß die deutsche Jugend den Sinn des Lebens nicht in der Vernichtung, sondern im friedlichen Aufbau einer besseren, gerechteren Welt sieht.

Vorwärts zu neuen Erfolgen in der Steigerung der Produktion, in der Erfüllung und Übererfüllung unseres Zweijahrplans.

*Euer Wilhelm Pieck*

*„Neues Deutschland“, Berlin,  
2. April 1949.*

# Völker entscheiden — nicht Staatsmänner

## *Brief eines besorgten Deutschen*

Bitter bei Neuhaus, Kreis Hagenow, 1. April 1949

An den Vorsitzenden des Präsidiums des Deutschen Volksrats, Herrn Wilhelm Pieck, Berlin.

Wir Bewohner des Zonengrenzgebietes sind besonders stark interessiert an den großen politischen Fragen, die in diesen Tagen und Wochen das deutsche Volk bewegen.

Als Volkskorrespondent der mecklenburgischen „Landeszeitung“ und als Gemeindesekretär in der unmittelbar an der Elbe gelegenen Gemeinde Bitter habe ich einen sehr engen Kontakt mit weiten Teilen der Bevölkerung, die sich mit vielen Fragen, Sorgen und Nöten an mich wendet.

Unsere allergrößte Sorge und Bedrängnis ist die Zerrissenheit Deutschlands durch die Zonengrenze, die unmittelbar vor unseren Augen verläuft. Darum haben die letzten Beschlüsse des Deutschen Volksrats, vor allem die Einladung an die westdeutschen Politiker zu einer gemeinsamen Beratung der deutschen Probleme, bei uns besondere Hoffnungen erweckt. Auf der anderen Seite gibt es allerdings bei manchen Einwohnern unserer Dörfer auch gewisse Zweifel an der Erreichung eines gemeinsamen und friedlichen Weges für unser Volk zur Herstellung der Einheit unseres Vaterlandes. Diese Zweifel werden vor allem hervorgerufen durch die Nachrichten des Nordwestdeutschen Rundfunks, die ich als Kriegshetze empfinde.

Um ein klares Bild von der gegenwärtigen Situation zu erlangen, gestatten Sie mir, einige Fragen an Sie zu richten, um deren Beantwortung ich Sie bitte:

1. Glauben Sie an das Zustandekommen der gemeinsamen Beratung in Braunschweig? Was könnte nach Ihrer Meinung die verantwortlichen Politiker Westdeutschlands daran hindern, auf die Bereitwilligkeit des Deutschen Volksrats einzugehen?

2. Kann das in Westdeutschland immer mehr zunehmende Gerede von einem neuen Krieg und die wachsende Hetze gegen die Sowjet-

union und gegen die Volksdemokratien tatsächlich eine ernste Kriegsgefahr heraufbeschwören oder gar zum Kriege führen?

3. Die Westmächte argumentieren mit ihrer Überlegenheit und brüsten sich damit, daß die im Atlantikpakt zusammengeschlossenen Mächte eine Übermacht darstellen, gegen die es keinen Widerstand gibt. Halten Sie diese Argumentation für berechtigt?

4. Die Propaganda der Kriegstreiber behauptet, daß die Westmächte über die höchstentwickelte Kriegstechnik und Kriegsindustrie verfügen. Wieweit hat diese Propaganda recht oder unrecht? Stellen beispielsweise die Atombomben und Superfestungen der USA Waffen dar, gegen die es keine Abwehrmittel gibt und die also von vornherein entscheidend sein können?

5. Wir alle, die wir in einem schweren, aber friedlichen Aufbau unseres Vaterlandes stehen und die wir wissen, daß ein neuer Krieg den Untergang Deutschlands bedeutet, wünschen mit heißem Herzen die Schaffung eines einheitlichen Deutschlands, die Herbeiführung und Sicherung des Friedens und die Verständigung mit allen friedliebenden Völkern. Versprechen unsere Bemühungen um dieses Ziel wohl den heißersehten Erfolg?

Hochachtungsvoll  
Karl Menke

Herrn Karl Menke

Bitter bei Neuhaus, Kreis Hagenow.

Berlin, den 11. April 1949

Sehr geehrter Herr Menke!

Ich danke Ihnen für Ihre Zuschrift, in der Sie die Fragen aussprechen, die heute breiteste Kreise unseres Volkes wie auch die Volksmassen in der ganzen Welt bewegen. Es ist nur zu begrüßen, daß die Bewohner des Zonengrenzgebietes sich an den Deutschen Volksrat um Rat und Hilfe wenden, statt den verderblichen Einflüsterungen anglo-amerikanischer Propaganda Glauben zu schenken. Was könnte auch heute einem friedlich gesinnten Deutschen in Ost und West näherliegen, als sich mit seinesgleichen zu verständigen?

Und nun zur Beantwortung Ihrer Fragen:

1. Die vom Deutschen Volksrat vorgeschlagene gemeinsame Beratung ist vom Ältestenausschuß des Parlamentarischen Rates in Bonn abgelehnt worden. Dieser Kreis westdeutscher Politiker ist damit seiner bisherigen Rolle des Kniefalls vor jedem Diktat der Westmächte treu geblieben. Zweifellos dachten die wenigsten von ihnen ernsthaft daran, in die vorgeschlagene gesamtdeutsche Beratung einzutreten. Die Angst vor den demokratischen Kräften des eigenen Volkes macht sie zu willfährigen Befehlsempfängern ausländischer Imperialisten. Nur die Furcht vor der öffentlichen Bloßstellung in entscheidender Stunde hat ihr Nein verzögert.

Diese Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Schicksal der Nation ist geeignet, Millionen von Menschen in Westdeutschland die Augen zu öffnen. Das aus Washington kommandierte Nein der Bonner Politiker trifft in erster Linie die westdeutschen Arbeiter, die Bauern, den Mittelstand, die Intelligenz und die Friedensindustrie.

Die Hand des Deutschen Volksrats bleibt nun erst recht weiterhin zur gemeinsamen nationalen Selbsthilfe nach dem Westen unserer Heimat hin ausgestreckt, allen jenen Deutschen entgegen, deren Nationalgefühl und Friedenswille aufrichtig ist, deren Hände nicht gebunden sind.

2. Die Antisowjethetze beschwört tatsächlich eine ernste Kriegsgefahr herauf. Sie dient den Imperialisten als Propagandamittel, um die Massen für den dritten Weltkrieg reif zu machen. Die Propaganda für einen neuen Krieg ist aber heutzutage nicht leicht, weil sich die Völker nach den Erfahrungen zweier Weltkriege nach einem dauerhaften Frieden sehnen. Die Kriegspropaganda ist nicht leicht, weil nach den welthistorischen Siegen der Sowjetarmee das Ansehen der Sowjetunion in der ganzen Welt gewachsen ist. Die Kriegspropaganda ist nicht leicht, weil durch die konsequente Friedenspolitik der Sowjetregierung die Kriegstreiber immer mehr vor der Weltöffentlichkeit entlarvt werden. Die Kriegspropaganda ist nicht leicht, weil der heroische Kampf für die Befreiung der Völker vom faschistischen Joch die Rolle

der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Welt gewaltig gesteigert hat.

Aber man darf die Gefahr der Antisowjethetze nicht unterschätzen. Die Monopolisten bedienen sich des „kalten Krieges“, um ihre Profite vermittels neuer riesiger Rüstungsgewinne aufrechtzuerhalten und die Krise hinauszuschieben. Weil die Antisowjethetze das hauptsächlichste Mittel der Imperialisten ist, deshalb wird sie so infam und so groß aufgezogen. Deshalb ist sie auch so gefährlich für unser Volk, das ihr schon einmal erlegen ist. Deshalb ist auch die Antisowjethetze der westlich lizenzierten Zeitungen und Rundfunksender Kriegsverbrechen. Wer deshalb die Sowjetunion, die Volksdemokratien, das Lager des Friedens verleumdet, gesellt sich zu den Totengräbern des deutschen Volkes.

3. Bei der Beurteilung des Nordatlantikpaktes muß man vor allen Dingen unterscheiden, daß sich wohl ein Dutzend Regierungen unter dem Kommando des USA-Imperialismus gegen die Sowjetunion zusammengeschlossen haben, aber nicht ihre Völker. Die friedliebenden Kräfte in der Welt sind heute stärker als die des Krieges, wenn sie entschlossen und gemeinsam für den Frieden kämpfen. Worin besteht die Überlegenheit der Kräfte des Friedens? Worin besteht die Schwäche des imperialistischen Lagers?

a) Die Stärke der Friedensfront besteht darin, daß sie von der Sowjetunion geführt wird. In der Sowjetunion herrscht die sozialistische Planwirtschaft, die es gestattet, alle wirtschaftlichen Kräfte des Landes den Interessen des Volkes nutzbar zu machen. Die Interessen der sowjetischen Völker bestehen im Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung und folglich, wie es ihre 31jährige Existenz beweist, in der entschlossenen Verteidigung des friedlichen Aufbaus. Die Politik der Sowjetunion ist auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Sie hat die europäischen Völker von der Herrschaft des Faschismus befreit, sie ist ein Garant ihrer nationalen Unabhängigkeit.

In den Ländern des Atlantikpaktes herrscht die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Die Monopolisten der USA, die Drahtzieher des Paktes, fürchten den Ausbruch einer neuen Wirtschaftskrise

und suchen ihren Ausweg im Krieg. Ihre Politik ist also auf Kriegsbrandstiftung und damit, wie Griechenland, Vietnam, Indonesien beweisen, auf die blutige Unterdrückung fremder Völker gerichtet.

Daher gewinnt die Mehrheit der Menschen mehr und mehr die Erkenntnis, daß niemals die Sowjetunion, stets aber der Imperialismus der Angreifer ist. Schon heute steht fest, daß, falls es zu einem neuen Kriege kommen würde, die Regierungen des Atlantikpakt es die Angreifer und damit die Kriegsschuldigen sind. Das Bewußtsein der gerechten Sache stärkt die Moral der Friedenskräfte, der Makel der Kriegsprovokation isoliert die Imperialisten.

b) In der sozialistischen Sowjetunion gibt es keine Klassen-gegensätze mehr. Dagegen haben sich in den Ländern des Kapitalismus die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit aufs äußerste zugespitzt und verschärfen sich ständig.

In der Sowjetunion ist die politisch-moralische Einheit der Völker vorhanden, in den Ländern des Kapitalismus nicht.

c) Die Sowjetarmee hat im zweiten Weltkrieg den geschichtlichen Beweis geliefert, daß sie imstande war, aus eigener Kraft die damals stärkste Militärmacht des Imperialismus, den deutschen Faschismus, der sich auf die wirtschaftlichen und militärischen Reserven fast ganz Europas stützte, vernichtend zu schlagen. Die Sowjetarmee und die sowjetischen Völker besitzen also die meisten Erfahrungen sowohl im militärischen als auch im politisch-ideologischen Kampf. Die Westmächte können diesen Beweis morgen ebensowenig liefern, wie gestern bei Dünkirchen und heute in China und Griechenland.

d) Das Lager des Friedens wird durch natürliche Interessen geeint, die des friedlichen Zusammenlebens und der Unabhängigkeit der Völker. Das Lager der Kriegstreiber wird durch innere Gegensätze, eben imperialistische, zerrissen und geschwächt. Man denke an die Kohle der Ruhr und das Öl vom Irak.

e) Die Imperialisten sind es gewohnt, fremde Völker für sich kämpfen zu lassen, vor allem Kolonialvölker. Heute kämpfen diese Völker bereits in den meisten, größten und reichsten

Kolonien gegen die Imperialisten. Die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion, der Volksdemokratien, ja in allen Ländern der Welt aber sind es gewohnt, wenn es die Freiheit gilt, sich selbst zu verteidigen und zu siegen.

f) Die Kräfte des Friedens stützen sich auf ein einiges, zuverlässiges Hinterland: die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder. Wie ist es um die Zuverlässigkeit des Hinterlandes der Mächte des Atlantikpakttes bestellt? Etwa Frankreich, Franco-Spanien, Italien, Großbritannien?

4. Atombomben und Superfestungen sind allerdings gefährliche Waffen, die sich aber in erster Linie gegen die friedliche Bevölkerung richten. Die Kriegsverbrecher können den Völkern großen Schaden zufügen, so wie das die amerikanischen Bombenflieger noch in den letzten Monaten des Hitlerkrieges mit den deutschen Städten und Betrieben gemacht haben.

Der bekannte englische Atomphysiker Blackett stellt aber fest, „daß selbst die Zerstörung der größeren russischen Städte nicht die Schlagkraft der sowjetischen Armeen beeinträchtigen konnte“.

Der amerikanische Publizist Walter Lippmann muß das mit den Worten zugeben: „Kein Atombombardement kann die Rote Armee zerstören. Die russische Verteidigungskraft gegen Atomangriffe ist augenscheinlich.“

Kriegsentscheidend ist die Besetzung des Landes, ist die Eroberung. Aber erobern können die Imperialisten mit ihren Zerstörungswaffen nichts. Dazu brauchen sie Menschen. Massen von Soldaten, die willens sind, ihr Blut und ihr Leben für diese Kriegsziele der Monopolisten herzugeben. Es ist notwendig, sich in diesem Zusammenhang an drei weise Aussprüche zu erinnern: an den Ausspruch Mao Tse-tungs, daß gegen Volksarmeen keine Atombomben helfen; an den Ausspruch Molotows, daß es kein Geheimnis der Atombombe mehr gibt; und vor allem an die Worte Stalins, daß die Drohung mit der Atombombe vor allem für Menschen mit schwachen Nerven berechnet ist. Noch nie aber haben die Rüstungsfabrikanten und Kanonenkönige selbst Krieg geführt. Was nützen ihnen die Waffen, wenn die Völker es satt haben, für Wallstreet zu sterben?

5. Sie haben vollkommen recht: Ein neuer Krieg bedeutet den Untergang Deutschlands. Die Politik der Westmächte gegenüber Westdeutschland zielt dahin, die Westzone in ein Arsenal und Aufmarschgebiet gegen den Osten zu verwandeln. Diese ungeheure Gefahr von unserem Volke abzuwenden ist der Sinn der nationalen Selbsthilfe, zu der der Deutsche Volksrat alle Deutschen von seiner sechsten Tagung aus aufgerufen hat. Die Kriegsgefahr von allen Völkern abzuwenden, das ist der Sinn der mächtigen Weltfriedensbewegung und ihrer Pariser Konferenz. Unsere Aufgabe ist es, gemeinsam mit allen friedliebenden Menschen der Welt den Imperialisten den Ausweg zum Krieg zu verlegen und sie zum Frieden zu zwingen. Wir können heute gewiß sein, daß uns das gelingt, wenn wir einheitlich und erschrocken für den Frieden eintreten. Mögen die Kriegstreiber mit ihren Waffen rasseln! Seit 1917 haben sich die Zeiten geändert: Die Kräfte des Friedens sind nicht weniger gerüstet! Aber die stärksten Waffen sind nur auf unserer Seite; es sind dies unsere Zahl, unsere Einheit und unsere Moral!

In diesem Sinne grüße ich Sie und alle Bewohner Ihres Gebietes, die zu diesem Kampf bereit sind und an ihm teilnehmen.

W. Pieck

*„Deutschlands Stimme“, Berlin,  
17. April 1949.*

## Die welthistorische Bedeutung des Leninismus

Vor 25 Jahren, im April 1924, begann Genosse Stalin vor Studenten der Swerdlow-Universität in Moskau seine berühmten Vorlesungen „Über die Grundlagen des Leninismus“, in denen er sich die Aufgabe stellte, „das Besondere und Neue in den Werken Lenins darzulegen, womit Lenin die allgemeine Schatzkammer des Marxismus bereichert hat“. Die Vorlesungen wurden mehr: sie wurden die beste Zusammenfassung der Grundprobleme des Leninismus als des Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Die marxistisch-leninistische dialektische Methode meisterhaft anwendend, stellte Stalin die grundlegenden Seiten des Leninismus dar und zeigte an Hand zahlreicher Beispiele aus der russischen und der internationalen revolutionären Bewegung zugleich die konkrete Anwendung der Grundprinzipien des Leninismus. Damit wurde das Werk Stalins zu einem hervorragenden Rüstzeug im Arsenal des Leninismus, zu einer wissenschaftlich tieferschöpfenden und historisch konkreten Anleitung zum revolutionären Handeln.

„Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution“, definierte Genosse Stalin. Damit ist auch die welthistorische Bedeutung des Stalinischen Werkes selbst bestimmt. Es kann im zwanzigsten Jahrhundert keinen Marxismus mehr geben außer dem Leninismus. Folglich müssen die revolutionären Arbeiterparteien, die dem Monopolkapital nicht blind gegenüberstehen wollen, sich die Lehren des Leninismus aneignen, müssen die wissenschaftliche Höhe des Marxismus unserer Zeit erklimmen. Das Werk Stalins gibt ihnen den besten Leitfaden für diese Arbeit. Es wurde bald in alle wichtigen Sprachen übersetzt — deutsch erschien es im Oktober 1924 — und wurde so zum wichtigsten Mittel der Verbreitung leninistischen Gedankenguts in der internationalen Arbeiterbewegung.

Der Imperialismus hat alle Fragen des proletarischen Klassenkampfes ungeheuer kompliziert. Die Arbeiterklasse steht nicht mehr unzähligen einzelnen, schwach organisierten Kapitalisten gegenüber, sondern dem mächtigen monopolistischen Finanzkapital, das den bürgerlichen Staatsapparat unmittelbar seinen Interessen dienstbar gemacht hat. Dieses Finanzkapital ist international verflochten und verfilzt, so daß dem Proletariat eine Weltfront des Imperialismus gegenübersteht. Angesichts dieser Lage kann die proletarische Revolution — so weist Genosse Stalin nach — nicht mehr von beschränktem nationalem Standpunkt aus betrachtet werden. „Jetzt muß man die proletarische Revolution vor allem als Ergebnis der Entwicklung der Widersprüche im Weltsystem des Imperialismus betrachten...“ Die Revolution wird nicht in den entwickeltsten kapitalistischen Ländern beginnen, sondern dank dem Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung wird die imperialistische Kette zuerst an ihrem schwächsten Glied reißen. Es erfordert von den einzelnen revolutionären Parteien einen hohen Stand wissenschaftlicher Erkenntnis, um sich in dieser komplizierten Lage zurechtzufinden und ernsthafte Fehler zu vermeiden. Stalins „Grundlagen des Leninismus“ sind für alle revolutionären Parteien, nicht nur für die Arbeiterparteien, ein sicherer Kompaß in diesem Labyrinth internationaler Verwicklungen.

Der Leninismus betrachtet die proletarische Revolution als die grundlegende revolutionäre Bewegung im imperialistischen Zeitalter, nicht isoliert, nicht losgelöst von den übrigen revolutionären Bewegungen in der Welt. Er berücksichtigt die Tatsache, daß rund zwei Drittel der Menschheit bäuerlich sind und daß die revolutionären Kräfte der Bauernschaft bei weitem noch nicht ausgeschöpft wurden. Darum bezieht der Leninismus die Bauernfrage als Teilfrage in die proletarische Revolution mit ein. Stalin zeigt mit außerordentlicher Schärfe, daß und wie die Massen der werktätigen Bauern für den revolutionären Kampf gegen den Imperialismus gewonnen werden können. Dieses Kapitel des Stalinschen Werkes ist für jeden revolutionären Politiker, besonders in Ländern mit starker Bauernbevölkerung, eine unerläßliche Richtschnur für seine Tätigkeit.

Vom selben Standpunkt aus geht der Leninismus an die natio-

nale und koloniale Frage heran. Für die Parteien der II. Internationale war der Kampf der kolonialen Völker unwichtig. Sie meinten, diese Länder müßten erst industrialisiert, das heißt der monopolistischen Ausbeutung ganz unterworfen werden, ehe sie für einen sozialistischen Politiker von Interesse sein könnten. Von diesem „theoretischen“ Ausgangspunkt kamen sie zu jener zynischen Unterstützung der kolonialen Unterdrückungsmethoden des Imperialismus, die heute für die sozialdemokratischen Parteien Englands, Hollands, Frankreichs usw. kennzeichnend sind.

Demgegenüber geht der Leninismus an die nationale Frage vom Standpunkt des Kampfes gegen den Weltimperialismus heran. Er erblickt in den nationalen und kolonialen Befreiungsbewegungen eine Reserve der proletarischen Revolution. Davon ausgehend hat der Leninismus den Begriff der Selbstbestimmung der Nationen erweitert und betrachtet ihn als „das Recht der unterdrückten Völker der abhängigen Länder und der Kolonien auf vollständige Lostrennung, als das Recht der Nationen auf selbständige staatliche Existenz“ (Stalin).

Während für die Parteien der II. Internationale eine Kluft zwischen dem Wort und der Tat besteht, sich hinter „sozialistischen“ Phrasen eine imperialistische Politik verbirgt, hat der Leninismus die gestörte Einheit von Theorie und Praxis wiederhergestellt. Er gibt den revolutionären Arbeiterparteien nicht nur die theoretische Analyse der Epoche, sondern zeigt in seiner Lehre über die Strategie und Taktik und über die Partei zugleich den praktischen Weg, die Organisations- und Kampfformen, die die neue Epoche erfordert. Diese beiden Kapitel des Werkes des Genossen Stalin „Über die Grundlagen des Leninismus“ sind von unmittelbarster internationaler Bedeutung. Keine Partei der Welt vermag erfolgreich den Kampf gegen den Imperialismus zu führen, wenn sie sich nicht die Grundsätze der leninistischen Strategie und Taktik zu eigen macht. In keinem Lande der Welt kann die Arbeiterklasse siegen, wenn sie sich nicht eine Partei vom leninistischen Typus schafft, die allein fähig ist, die Massen des Proletariats und seiner Bundesgenossen zum Siege zu führen.

So ist das Werk von Stalin, das seit 25 Jahren zu den klassischen Werken der marxistisch-leninistischen Literatur gehört,

nicht allein seines wissenschaftlichen Gehaltes wegen, sondern als unmittelbare Anleitung zum Handeln von wahrhaft welt-historischer Bedeutung. Es ist die abgerundetste Darstellung des Leninismus, dessen Richtigkeit durch die bezwingende wissenschaftliche Logik wie durch den siegreichen sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion bewiesen ist; denn dieser Aufbau ist die praktische Verwirklichung der Grundlagen des Leninismus. Das Werk Stalins, mit dessen Hilfe sich schon eine ganze Generation revolutionärer Kämpfer geschult hat, wird auch weiterhin ein wichtiges Mittel der marxistisch-leninistischen Erziehung der internationalen Arbeiterklasse bleiben.

*„Tägliche Rundschau“, Berlin,  
26. April 1949.*

# Appell an die Jugend

*Rede auf der Kundgebung des III. Parlaments  
der Freien Deutschen Jugend in Leipzig am 5. Juni 1949*

Liebe Jungen und Mädell

Liebe Freunde unserer freien demokratischen Jugend!

Das Präsidium des Deutschen Volksrats hat mich beauftragt, euch Jungen und Mädell der Freien Deutschen Jugend und allen übrigen hier Versammelten die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche für den weiteren Aufstieg der Freien Deutschen Jugend zu überbringen.

Diese imposante Kundgebung anlässlich des III. Parlaments der Freien Deutschen Jugend erfüllt uns alle mit der größten Freude, zeigt sie doch, daß die Freie Deutsche Jugend auf dem richtigen Wege ist, die ganze schaffende und studierende Jugend in ihren Reihen zu organisieren, sie mit der Begeisterung und dem Tatendrang für die großen Ziele unserer Jugend zu erfüllen und die Sympathie aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte zu gewinnen.

Es ist mir eine besondere Freude, die Genugtuung über die großen Erfolge zum Ausdruck zu bringen, die die Freie Deutsche Jugend errungen hat. Der große Bericht von Erich Honecker auf der Tagung des III. Parlaments der Freien Deutschen Jugend gab ein übersichtliches Bild über die gewaltige Arbeit, die die Freie Deutsche Jugend auf ihrem weit ausgedehnten Tätigkeitsfeld geleistet hat, sowie ein Bild über das grandiose Wachstum eurer FDJ.

Die Freie Deutsche Jugend hat es verstanden, in den Betrieben und auf dem Lande die Jungen und Mädell zu besseren und höheren Arbeitsleistungen anzuspornen und damit einen großen Beitrag für den wirtschaftlichen Aufstieg in unserer Zone zu leisten. Die Aktivistenbewegung fand durch die Initiative der FDJ-

Organisationen in der Jugend eine große Stütze. 60 000 Jungen und Mädels wurden bisher für diese große Aufgabe gewonnen, sie wetteifern miteinander, um in der Ausbildung und Leistung dem Beispiel unseres Adolf Hennecke zu folgen.

Liebe Jungen und Mädels! Viel habt ihr schon erreicht, aber noch viel mehr muß getan werden. Es ist ein herrliches Gefühl, an einer so gewaltigen Kundgebung wie der heutigen teilzunehmen. Aber diese Teilnahme verpflichtet euch alle, an eurem Arbeitsplatz, in der Schule und im Betrieb, auf dem Acker und in der Werkstatt noch bessere Arbeit zu leisten. Diese bessere Arbeit heißt nicht nur mehr Arbeit, sie heißt, sich mit größeren Sachkenntnissen auszurüsten und Werkstücke anzufertigen, von denen mit Stolz gesagt werden kann: das hat ein junger Aktivist gemacht. Aber ihr sollt nicht nur lernen, gut und besser zu produzieren, ihr müßt nicht nur den Ehrgeiz haben, Meister in eurem Fach zu werden, sondern ihr müßt auch politisch lernen, um konsequente Demokraten und Antifaschisten zu werden. Konsequente Demokraten, das sind Menschen, die sich jederzeit für die Produktion des Betriebes, für die demokratische Ordnung, für eine gute Arbeit unserer demokratischen Organisationen verantwortlich fühlen. Konsequenter Demokrat zu sein, das heißt, mit wachen Augen durch die Welt zu gehen und nicht zu dulden, daß Agenten und Saboteure, Provokateure, Faulenzer und Schieber unseren friedlichen, demokratischen Aufbau schädigen. Ihr müßt also lernen, Verteidiger der Interessen des schaffenden Volkes und Kämpfer für das neue, demokratische und friedliebende Deutschland zu sein.

Ihr lebt in einer Zeit, wo unser deutsches Volk einen harten Kampf für seine nationale Einheit und Selbständigkeit führt. Die nationale Einheit unseres Vaterlandes ist in größter Gefahr, weil imperialistische Mächte, unterstützt von profithungrigen Kapitalisten und käuflichen Lakaienseelen, Deutschland zerreißen und zu einer Kolonie des amerikanischen Imperialismus machen wollen. Diese Gefahr muß abgewendet und die Einheit Deutschlands gesichert werden. Hierbei fällt der deutschen demokratischen Jugend eine große Verantwortung zu. Und darum auch unser Appell an euch, euch einzureihen in die große Bewegung für Einheit und gerechten Frieden, in die nationale Front aller

Deutschen, die ihre Heimat mehr lieben als Carepakete und Apfelsinen.

In diesem Kampf für die Einheit Deutschlands und den gerechten Frieden hat die Freie Deutsche Jugend bereits Großes geleistet. Der III. Deutsche Volkskongreß am 29. und 30. Mai konnte mit großer Freude feststellen, daß die Jugend unserer Zone mit einer Dreiviertelmehrheit der Arbeit des Deutschen Volksrats zustimmte und damit ihren Willen für die Einheit, für die Erlangung eines gerechten Friedens und den baldigen Abzug der Besatzungstruppen bekundete. Aber nicht nur die Jugend unserer Zone stimmt den Forderungen des Deutschen Volkskongresses zu, sondern in ganz Deutschland, überall, wo junge Menschen zusammenkommen, Lehrlinge und Studenten, Bauernsöhne und junge Arbeiter und Arbeiterinnen, fordern sie Einheit und gerechten Frieden. Trotz aller Anfeindungen der den imperialistischen Westmächten dienenden Politiker und Zeitungsschreiber haben deutsche Jugendorganisationen mit unserer Freien Deutschen Jugend ernste Diskussionen geführt über das Ziel der deutschen Jugend, wie die Einheit Deutschlands erhalten und der Friede errungen werden kann. Über die Zonengrenzen hinweg bahnt sich die Verständigung und die Einheit der deutschen Jugend zum gemeinsamen Kampfe. Wir müssen der Jugend klarmachen, welche Rolle und welche Aufgaben die kommende Generation in einem friedlichen und demokratischen Deutschland zu übernehmen hat.

Der III. Deutsche Volkskongreß hat an die Pariser Außenministerkonferenz die Forderung nach der Einheit Deutschlands, dem gerechten Friedensvertrag und dem Abzug der Besatzungstruppen gestellt, Forderungen, die die nationale Selbständigkeit und den wirtschaftlichen Aufstieg des deutschen Volkes sichern sollen. Es wurde eine Friedensdelegation gewählt, die diese Forderungen vor der Außenministerkonferenz begründen soll. Aber der Empfang dieser Delegation, die die Stimme des deutschen Volkes zu Gehör bringen soll, wurde von den drei westlichen Außenministern abgelehnt. Ich bin mir der Zustimmung der deutschen Jugend gewiß, wenn ich in ihrem Namen den schärfsten Protest gegen diese Ablehnung zum Ausdruck bringe und erneut die Forderung der Anhörung dieser Delegation stelle.

Der III. Deutsche Volkskongreß hat durch die Annahme einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik der Jugend eine große Aufgabe zugewiesen. Im Artikel 52 dieser Verfassung wird erklärt, daß alle Bürger vom 18. Lebensjahr ab wahlberechtigt sind. Damit werdet ihr alle, die ihr das 18. Lebensjahr erreicht habt, für mündige Bürger erklärt, die berechtigt und verpflichtet sind, an der Wahl der Organe der Deutschen Demokratischen Republik teilzunehmen. Im Gegensatz zu jenen reaktionären Kräften, die der Jugend das Recht und die Fähigkeit absprechen, von diesem Lebensjahre ab an der politischen Gestaltung Deutschlands teilzunehmen, erklären wir, daß die Jugend, die sogar schon früher als vom 18. Lebensjahr ab durch ihre Arbeit an dem demokratischen Aufbau unserer Wirtschaft teilnimmt, dazu berechtigt ist, auch an den politischen Entscheidungen teilzunehmen und darüber zu wachen, daß das Werk des Friedens und der Arbeit von niemandem bedroht wird.

Liebe Jungen und Mädell! Tragt diese Forderungen des Deutschen Volkskongresses in jede Werkstatt, in jede Schule, in jede Dorfgemeinde und übermittelt das auch der Jugend des Westens. Ihr werdet dadurch ein festes, unzerreißbares Band zwischen der Jugend in ganz Deutschland knüpfen. An dieser Einheit werden auch die Bestrebungen der Kriegshetzer und Spalter Deutschlands zuschanden werden.

Die Tagung des III. Parlaments der Freien Deutschen Jugend hat den Beweis erbracht, daß sie die große führende Kraft der deutschen Jugend ist, daß sich in ihr die fortschrittliche Jugend verkörpert und daß sie entscheidenden Anteil an der Erfüllung der vor dem deutschen Volke stehenden Aufgaben nimmt. Dieser Vormarsch wird noch ganz besonders dadurch bestätigt, daß die Freie Deutsche Jugend als vollberechtigtes Mitglied in den Weltjugendbund aufgenommen wurde, ein Bund, der die demokratische und friedensgewillte Jugend der ganzen Welt erfaßt.

Die Aufnahme der FDJ in den Weltjugendbund ist gerade wegen der Vergangenheit der deutschen Jugend von besonderer Bedeutung. erinnert euch, vor zehn Jahren zog die deutsche Jugend in einen Krieg, der namenloses Elend über die Jugend Europas brachte. Millionen Jugendliche, besonders in Polen und in der Sowjetunion, mußten sterben, weil das raubgierige

deutsche Monopolkapital diese Länder überfiel. Die deutsche Jugend ließ sich für die verbrecherischen Ziele Hitlers zu den schändlichsten Missetaten gebrauchen. Der deutsche Name wurde dadurch auf das tiefste geschändet. Trotzdem wird von der Jugend aus den von den Nazibarbaren verwüsteten Ländern heute der deutschen Jugend die Freundeshand entgegengestreckt. Darin liegt die Anerkennung für den Geist der Freien Deutschen Jugend, die mit allen Völkern in Frieden leben will und für den demokratischen Aufbau in unserem Lande tätig ist. Aber seid euch auch bewußt, daß dieses große Vertrauen, das euch die Jugend der Welt entgegenbringt, eine ernste Verpflichtung enthält. Nie wieder dürfen wir zulassen, daß die Kriegshetzer und Kriegstreiber die Oberhand gewinnen und erneut die Brandfackel des Krieges in die Länder tragen. In der sowjetischen Besatzungszone haben wir mit dieser Arbeit begonnen. Hier haben wir die Stützen des deutschen Militarismus und der Aggression durch die demokratische Bodenreform und durch die Enteignung der industriellen Kriegsverbrecher entmachtet. Hier treten wir den Kriegshetzern rücksichtslos entgegen und werden ihnen nicht gestatten, dieses Verbrechen am deutschen Volke fortzusetzen. Aber in den westlichen Besatzungszonen liegt die Sache anders. Dort sind die Kräfte, die den Hitlerkrieg finanzierten und die am Hitlerkriege große Gewinne machten, noch an der Macht, dort werden sie von den westlichen Besatzungsmächten unterstützt, die mit ihrer Hilfe einen neuen Krieg provozieren wollen. So steht uns noch die große Aufgabe bevor, auch im Westen Deutschlands diese Kräfte unschädlich zu machen. Darin liegt die große Bedeutung unseres Kampfes für die Einheit und den gerechten Frieden, darum aber auch die Einheit der deutschen Jugend.

Wir haben hier vor uns den gewaltigen Aufmarsch lachender, jubelnder und hoffnungsfroher junger Menschen. Liebe Jungen und Mädels! Ihr wollt keinen neuen Krieg! Ihr wollt den Frieden! Eure Lieder haben einen anderen Inhalt als die der Jugend von 1914 und 1939. Ihr singt vom friedlichen Aufbau, vom Wettbewerb um mehr Kohle, mehr Eisen und Brot. Ihr wollt ein anderes, ein besseres Leben, und dieses bessere Leben soll ein friedliches Leben sein. Ihr singt das Lied der demokratischen

Jugend der Welt, das alle Ländergrenzen und Ozeane überfliegt:  
„Freundschaft siegt, Freundschaft siegt“.

Die Freundschaft zwischen allen Völkern, allen Rassen und Nationen ist die sieghafte Kraft gegen die kleine Gruppe internationaler Kriegshetzer und Kriegsgewinnler. Diese Kraft muß und wird den Krieg unmöglich machen und die Kriegstreiber in der ganzen Welt vernichten. Diesen Willen hat die gewaltige Weltfriedenskundgebung in Paris und Prag gezeigt. Aus 72 Nationen entsandten 600 Millionen Menschen ihre Delegierten, die allen Kriegshetzern in der Welt mit einem heiligen Schwur erklärten: Wir wollen keinen Krieg, sondern wollen den Frieden und werden den Frieden erzwingen. Dieser Schwur muß in allen Ländern verwirklicht werden. Das ist die große Aufgabe, die auch uns in Deutschland gestellt ist. Und wir geben das Versprechen ab, wir werden diese Aufgabe erfüllen.

Wir können mit großer Zuversicht der Weiterentwicklung unseres Kampfes entgegensehen. Darin haben uns der III. Deutsche Volkskongreß und das III. Parlament der Freien Deutschen Jugend bestärkt. Über die Zonengrenzen hinweg vollzieht sich die große einheitliche Bewegung für Einheit und Frieden. Darin haben wir die Unterstützung aller friedliebenden Nationen und der gewaltigen Weltfriedensbewegung. Unsere Nachbarvölker sind davon überzeugt, daß ein friedliebendes, geeintes Deutschland keine Gefahr mehr für den Frieden ist, und deshalb haben sie Vertrauen zu uns, und unterstützen unseren Kampf. Das wurde der deutschen Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem IX. Parteikongreß der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakischen Volksrepublik durch eine herzliche Begrüßung zum Ausdruck gebracht. Dieses Vertrauen und diese Unterstützung haben auch dazu geführt, daß unser Freund Gerhart Eisler aus den Klauen der amerikanischen Reaktionäre befreit und ihm die Rückkehr in die deutsche Heimat ermöglicht wurde. Wie für ihn die Freiheit gefordert und erreicht wurde, so fordern wir auch für Max Reimann die Freiheit. Wir erheben den schärfsten Protest dagegen, daß er wegen seines politischen Kampfes für Einheit und Frieden von einem britischen Militärgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und jetzt zur Verbüßung dieser Strafe verhaftet wurde. Wir

werden nicht lockerlassen, bis wir auch ihm die Freiheit verschafft haben. So steht auch der Kampf für die Freiheit des von der französischen Militärregierung verhafteten antifaschistischen Studenten Oskar Hauser. Das ganze Gerede der westlichen Militärregierungen über die persönliche Freiheit wird als eine abgründtiefte Heuchelei entlarvt durch die Terrormaßnahmen, die sie gegen Kämpfer für Einheit und Frieden anwenden.

Liebe Jungen und Mädell! Liebe Freunde! Ihr habt jetzt große Festtage auf eurem III. Jugendparlament erlebt. Die Begeisterungstürme, die euren Kongreßsaal erfüllten und die hier über diese gewaltige Kundgebung hinwegbrausen, werden noch lange in eurem Gedächtnis nachklingen und werden eure Arbeit befruchten. Wenn ihr nun zurückkehrt in eure Heimat, in eure Betriebe, in die Städte und Dörfer, dann berichtet von der Kraft der Jugend, von der Solidarität aller fortschrittlichen Menschen mit der Jugend und von der Freundschaft, die alle friedliebenden Menschen für unsere große nationale Sache, für Einheit und Frieden, zusammenschließt. Vor euch steht die Erfüllung der großen Aufgaben, die euch das III. Jugendparlament gestellt hat, insbesondere das Max-Reimann-Aufgebot, bis zu dem Budapester Weltjugendtreffen 150 000 neue Mitglieder für die FDJ zu gewinnen. Aber um unsere große Sache zum Siege zu führen, vergeßt nie die große Tagesforderung: Lernen, lernen und immer wieder lernen, auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Politik, der Kultur und der Wissenschaft. Werdet und seid bewußte Kämpfer für unsere große und heilige Sache, die eine Sache des Völkerfriedens und der Völkerwohlfahrt ist. Große Entscheidungen gehen in der Welt vor sich, die uns die Sicherheit des Sieges geben.

Im Kampf für den Frieden und die Völkerverständigung grüßen wir die demokratische Volksarmee Chinas zu ihren gewaltigen Erfolgen in der Befreiung des chinesischen Volkes aus der Sklaverei des amerikanischen Imperialismus.

Im Kampf für den Frieden und die Völkerverständigung grüßen wir die heldenhaften Kämpfer der griechischen Freiheitsarmee und sind ihres kommenden Sieges über die Monarchofaschisten und ihre amerikanischen Finanziere gewiß.

Im Kampf für den Frieden und die Völkerverständigung beglückwünschen wir das große Sowjetvolk und die sowjetische Jugend zu der grandiosen Verwirklichung des Sozialismus, der vor sich geht unter der Führung der Partei Lenins und Stalins, mit dem großen Stalin an der Spitze.

Es lebe die Freie Deutsche Jugend!

Es lebe der Weltjugendbund!

Es lebe der Kampf und der Sieg für die Einheit Deutschlands und den Frieden!

Freundschaft siegt!

*„Pressedienst der SED“, Berlin,  
7. Juni 1949.*

# Die Nationale Front

*Rede auf der 8. Tagung des Deutschen Volksrats  
in Berlin am 23. Juli 1949*

Meine Damen und Herren!

Die Schaffung der Nationalen Front in Deutschland ist ein sehr ernstes Problem, das in der letzten Zeit auf Grund der veränderten Lage in Deutschland entstanden ist. Gewiß ist über den nationalen Notstand des deutschen Volkes, der durch den Hitlerkrieg und durch die militärische Besetzung Deutschlands entstanden ist, schon sehr viel gesprochen worden, und der Aufruf zur nationalen Selbsthilfe, wie er von der deutschen Volkskongreßbewegung ergangen ist, ist zweifellos tief in unser Volk eingedrungen. Die Tatsache, daß die westlichen Besatzungsmächte sich nicht mehr an die Versprechungen halten, die sie in dem Potsdamer Abkommen dem deutschen Volke machten, und Maßnahmen ergriffen haben, die die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes auf Jahrzehnte hinaus in Frage stellen und seine wirtschaftliche Basis untergraben, hat gerade dazu beigetragen, die deutsche Volkskongreßbewegung als eine gesamtdeutsche Bewegung immer mehr zu verbreiten und im Namen des deutschen Volkes von den Besatzungsmächten die Einheit Deutschlands und den gerechten Friedensvertrag als eine dringliche Notwendigkeit zu fordern. Die drei bisher stattgefundenen Volkskongresse, das im Mai/Juni vorigen Jahres durchgeführte Volksbegehren für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands mit den 17 Millionen Unterschriften und die im Mai dieses Jahres durchgeführte Abstimmung über die Politik des Deutschen Volksrats und die Wahl der Delegierten zum III. Deutschen Volkskongreß mit 8 Millionen Stimmen allein in der sowjetischen Besatzungszone und dem Ostsektor Berlins zeigen die gewaltige Anteilnahme des deutschen Volkes an der Bewegung für die Einheit Deutschlands und den gerechten Friedens-

vertrag. Die deutsche Volkskongreßbewegung hat an Kraft immer mehr zugenommen und vereinigt in sich die besten Kräfte des deutschen Volkes. Es ist selbstverständlich und liegt im dringendsten nationalen Interesse des deutschen Volkes, diese Bewegung weiter zu stärken.

Warum hat nun aber der III. Deutsche Volkskongreß im Mai dieses Jahres den Aufruf zur Schaffung der Nationalen Front erlassen, in der sich alle national gesinnten Kräfte unseres Volkes zusammenschließen sollen? Soll mit diesem Aufruf die deutsche Volkskongreßbewegung etwa zurückgesetzt oder gar liquidiert werden, und soll an ihre Stelle die Nationale Front treten? Eine solche Fragestellung geht weit an dem Problem der Nationalen Front vorbei. Die Volkskongreßbewegung wird weiter ihre Arbeit fortsetzen, aber die Nationale Front hat eine sehr viel weitergehende Aufgabe, die sich aus der veränderten Lage in Deutschland ergibt. Worin besteht diese Veränderung und was ist das Neue an der Lage?

#### WAS IST DAS NEUE?

Die Pariser Außenministerkonferenz im Mai/Juni dieses Jahres hat deutlich offenbart, daß die imperialistischen Westmächte nicht gewillt sind, dem deutschen Volke einen Friedensvertrag zu geben, sondern daß sie Deutschland auf viele Jahrzehnte hinaus durch ein Besatzungsstatut knebeln und militärisch besetzt halten wollen. Die Konferenz hat weiter ergeben, daß die imperialistischen Westmächte nicht die Einheit Deutschlands herstellen wollen, sondern durch die Abtrennung des separaten Weststaates Deutschland zerreißen und diesen Weststaat gegen Deutschland mißbrauchen wollen. Sie wollen diesen Weststaat an die mit ausländischen Mächten geschlossene Westunion und an den Nordatlantikpakt anschließen und zur Basis eines neuen Krieges gegen die Sowjetunion machen. Der amerikanische Imperialismus will durch die Position, die er sich im Rahmen der Westmächte in einem Teile Deutschlands verschafft hat, seine weitgehenden Pläne auf Unterwerfung anderer europäischer Länder verwirklichen. Die alte Monroedoktrin: Amerika den Ameri-

kanernl ist durch den gegenwärtigen Präsidenten Truman in die Doktrin: Europa den Amerikanernl umgewandelt worden. Und gerade dazu soll dem amerikanischen Imperialismus der separate Weststaat in Deutschland dienen. Er geht mit großem Ungestüm auf dieses Ziel los.

Das deutsche Volk darf sich über diese Gefahr seiner nationalen Unterdrückung durch den amerikanischen Imperialismus nicht täuschen lassen durch die Erklärungen in dem Abschlußkommuniqué der Pariser Außenministerkonferenz, wonach auch die Außenminister der westlichen Besatzungsmächte erklären, daß sie ihre Bemühungen fortsetzen werden, um die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Es sind doch die Vertreter der imperialistischen Westmächte, die auf Befehl des amerikanischen Monopolkapitals rücksichtslos die Einheit Deutschlands zerschlagen und dem deutschen Volke den Friedensvertrag verweigern. Sie haben es auf der Pariser Außenministerkonferenz rundweg abgelehnt, überhaupt nur mit einem Wort über den Friedensvertrag zu sprechen. Sie haben erklärt, daß auch die Ostzone dem Besatzungsstatut unterworfen werden soll, durch das Deutschland auf Jahrzehnte hinaus militärisch besetzt bleiben soll. Was soll also eine solche Erklärung: die Bemühungen für die Wiederherstellung der deutschen Einheit fortsetzen? Welche Einheit meinen sie? Auf welcher Grundlage soll die Einheit hergestellt werden? Vielleicht dadurch, daß die Ostzone dem Weststaat angeschlossen, daß sich die Ostzone der Diktatur des amerikanischen Imperialismus unterwerfen und ebenso wie der Westen zu seiner Kolonie werden soll? Soll damit alles aufgegeben werden, was in der Ostzone an Vernichtung der faschistischen und militärischen Positionen, an Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, an Bodenreform und volkseigenen Betrieben und der Aufrichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung durchgeführt wurde? Die Außenminister der westlichen Besatzungsmächte haben für die Schaffung der Einheit Deutschlands angeboten, daß die von ihnen diktierte Bonner Verfassung in der Ostzone durchgeführt, daß die VE-Betriebe ihren früheren monopolistischen Besitzern zurückgegeben und daß mit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung Schluß gemacht werden

soll. So verstehen sie ihre Bemühungen für die Herstellung der Einheit Deutschlands. So will der amerikanische Imperialismus ganz Deutschland sich unterwerfen, und er sucht diese Absicht mit einer Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen, mit Hilfe des Marshallplans, mit dem Besatzungsstatut und mit dem Anschluß des Weststaates an die Kriegspakte zu verwirklichen. Daraus ergibt sich die akute Gefahr für das deutsche Volk, seine nationale Selbständigkeit zu verlieren und auf die Stufe eines Kolonialvolkes herabgedrückt zu werden.

Diese Gefahr wird noch dadurch verstärkt, daß deutsche Parteipolitiker, die den westlichen Besatzungsmächten hörig sind, diese Pläne auf Zerreißung und Unterjochung Deutschlands unterstützen. Es sind die Schumacher, Kaiser, Adenauer und Heuß in Westdeutschland und die Reuter, Friedensburg, Landsberg und Schwennicke in Westberlin, die mit ihrer Spaltungspolitik einen infamen Verrat an den nationalen Interessen des deutschen Volkes begehen. Sie sind gegen jede Verständigung der westlichen Besatzungsmächte mit der Sowjetunion, gegen die Handelsbeziehungen zwischen dem Westen und dem Osten und hetzen in der schamlosesten Weise gegen die Sowjetunion. Mit allen Mitteln des Massenbetruges, der Lüge und Verleumdung suchen sie das deutsche Volk irrezuführen und dem amerikanischen Imperialismus zu opfern.

#### DER BETRUG AN DEN UMSIEDLERN

Ich möchte ein eklatantes Beispiel ihres Massenbetruges geben, dessen Opfer die Umsiedler werden sollen. Es sind wohl 11 Millionen Menschen, die infolge der Grenzziehung, die von den Besatzungsmächten auf den Konferenzen in Jalta und Potsdam an der Oder und Neiße zwischen Polen und Deutschland vorgenommen wurde, ihre Heimat verloren haben. Mit ihrer Umsiedlung, die auch von den westlichen Besatzungsmächten beschlossen wurde, wurde dem übrigen deutschen Volke die Verpflichtung auferlegt, den Umsiedlern zu helfen, in dem verkleinerten Deutschland eine neue Heimat und wirtschaftliche Existenz zu finden. Diese Verpflichtung ist auch von der Bevöl-

kerung in der sowjetischen Besatzungszone ehrlich erfüllt worden. Im Westen Deutschlands dagegen wurde den Umsiedlern nicht geholfen. Es wurde ihnen weder Land gegeben noch eine Existenz verschafft, sie wurden als Ortsfremde behandelt, und jede Gleichberechtigung wird ihnen versagt. Um nun der Empörung der Umsiedler gegen diese Behandlung zu steuern, sucht man sie mit der Behauptung zu trügen, daß die Oder-Neiße-Grenze wieder aufgehoben wird und sie in ihre Heimat zurückkehren können. Das ist ein schamloser Betrug ohnegleichen. Die Leute, die das den Umsiedlern einreden, wissen, daß an dieser Grenze nichts mehr geändert wird, es sei denn, daß der Versuch dazu durch einen neuen Krieg unternommen werden sollte. Aber werden die Umsiedler durch einen neuen Krieg etwas gewinnen? Nein, sie werden durch den Krieg in ein noch schlimmeres Elend gestürzt werden. Ist es nicht eine Schamlosigkeit und Gewissenlosigkeit ohnegleichen, wenn von der West-CDU der Versuch unternommen wird, die Umsiedler für ihre Wahlpropaganda auszunutzen, und Herr Friedensburg in einer Umsiedlerversammlung am 17. Juli in der „Neuen Welt“ eine infame Hetze gegen Polen betreibt? Er erklärte, daß es wegen dieser Grenzziehung niemals einen Frieden zwischen Polen und Deutschland geben kann und daß die Grenzziehung ein noch größeres Verbrechen war, als es Hitler am deutschen Volke begangen hat. Friedensburg ist sich wohl bewußt, was er mit einer solchen Hetze unter den unglücklichen Umsiedlern anrichtet. Die Menschen, die ihm dafür rasenden Beifall spendeten, sind sich der Tragweite dieser Hetze nicht bewußt. Sie wissen nicht, daß sie damit ihrer Sache, der Erkämpfung einer neuen Existenz in Deutschland, nicht dienen, sondern nur schaden. Anstatt sich einzureihen in die große Kampffront für die Einheit Deutschlands, für einen gerechten Friedensvertrag und gegen die nationale Unterdrückung durch den amerikanischen Imperialismus, lassen sie sich von den Kriegshetzern betrügen, um sich in ein noch größeres Unglück hineinzuwerfen zu lassen. Die Forderung nach Revision der Oder-Neiße-Grenze dient einzig und allein der Kriegshetze gegen Polen und die Sowjetunion. Damit ist aber den Umsiedlern in keiner Weise geholfen. Wir wollen, daß den Umsiedlern in ihrer Not ernstlich geholfen

wird. Wir wollen, daß sie in ihrer neuen Heimat ausreichende Existenz und volle Gleichberechtigung erlangen. Gerade dazu wurden jetzt von der Deutschen Wirtschaftskommission die Sozialminister der westlichen 11 Länder aufgefordert, mit den Vertretern der Wirtschaftskommission zu einer gesamtdeutschen Konferenz zusammenzukommen, um zu vereinbaren, welche Hilfe den Umsiedlern geleistet werden soll. Sollten sie eine solche Zusammenkunft ablehnen, dann werden die Vertreter der Umsiedler zu einer solchen Konferenz berufen werden, um von sich aus ihre Forderungen zu formulieren.

Wenn ich etwas ausführlicher auf die Lage der Umsiedler eingegangen bin, so deshalb, weil der an ihnen verübte Massenbetrug, der von den westlichen Parteipolitikern auch gegenüber der übrigen Bevölkerung angewandt wird, sie ablenken soll von dem notwendigen Kampfe gegen die Pläne des amerikanischen Imperialismus.

#### WARUM NATIONALE FRONT?

Aus dieser so geschaffenen neuen Lage in Deutschland, der gesteigerten Gefahr der nationalen Unterdrückung des deutschen Volkes und der Provozierung eines neuen Krieges ist der Vorschlag auf Schaffung der Nationalen Front entstanden. In diese Front sollen auch jene Kreise des deutschen Volkes einbezogen werden, die bisher der deutschen Volkskongreßbewegung wegen ihres organisatorischen Rahmens und ihrer demokratischen Grundlage fernstanden oder sie sogar ablehnen. Das sind jene Kreise in der sowjetischen Besatzungszone aus den Reihen des Unternehmertums und der Grundbesitzer, der Bauern und Beamten, denen bisher nicht zum Bewußtsein gekommen ist, in welcher großen Gefahr sich das deutsche Volk in bezug auf den Verlust seiner nationalen Selbständigkeit befindet. Das sind besonders jene Kreise, die in Westdeutschland unmittelbar unter der amerikanischen Wirtschaftspolitik leiden, die durch den Marshallplan, durch die Drosselung der Industrie und des Handels und durch Entzug der Rohstoffe wirtschaftlich zugrunde gerichtet oder wie die Arbeiter und Angestellten durch Arbeits-

losigkeit, Kurzarbeit und Lohnsenkungen in ihrer Lebenshaltung immer mehr herabgedrückt werden. Gerade diese Kreise spüren täglich am eigenen Leibe die Auswirkungen der imperialistischen Besatzungspolitik, die ihnen alle Rechte nimmt und die schwersten Verpflichtungen auferlegt. So ergibt sich die große Möglichkeit, diese Kreise in Ost- und Westdeutschland für die Nationale Front und den nationalen Befreiungskampf zu gewinnen. Wenn wir es verstehen, diese bedrohliche Lage dem deutschen Volke klarzumachen, dann werden wir auch die Menschen für diesen Kampf der deutschen Nation um ihre Selbständigkeit und Existenz durch die Schaffung der Nationalen Front gewinnen. Es werden dafür keinerlei weitere Bedingungen gestellt, als daß sie bereit sind, gegen den amerikanischen Imperialismus, für die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes zu kämpfen.

Über das Wesen der Nationalen Front und ihre Aufgaben und über den Kreis der Menschen, die von ihr erfaßt werden sollen, bestehen noch mancherlei Unklarheiten, wie sich das aus der bisherigen Diskussion ergibt. Das ist nur zu verständlich. Wir haben unsere Volkskongreßbewegung, die ihre Berechtigung aus den gleichen Beweggründen herleitet, die auch für die Schaffung der Nationalen Front bestehen. Andererseits werden noch nicht klar die Gefahren erkannt, die der nationalen Existenz des deutschen Volkes durch den amerikanischen Imperialismus drohen. Auch sind es vielfach Zweifel, ob es gelingen wird, in diesem Kampf jene Kreise einzubeziehen, die im wirtschaftlichen und politischen Kampf den werktätigen Massen als Klassengegner gegenüberstehen. So bestehen in der Arbeiterschaft große Hemmungen in dem Zusammengehen mit diesen Kreisen in der Nationalen Front. Aber es ist eben unsere Aufgabe, diese Hemmungen durch den Nachweis zu beseitigen, daß die Verteidigung der Selbständigkeit der Nation die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen die imperialistischen Unterdrücker erfordert und herbeigeführt werden muß.

Die Geschichte des nationalen Befreiungskampfes der durch den Imperialismus unterdrückten Nationen liefert dafür genügend Beispiele. Zudem wird der nationale Befreiungskampf zu einem großen Klassenkampf gegen die nationalen Unterdrücker

und ihre Helfershelfer in der eigenen Bourgeoisie. Die Entwicklung in Deutschland zeigt, daß die monopolkapitalistischen Kräfte, die ehemals Hitler bei seinen Kriegsprovokationen und in seinem Kriege unterstützten, jetzt mit den amerikanischen Imperialisten gegen das eigene Volk gehen, um sich ihre Profitquellen zu erhalten, wenn sie sich auch dabei auf eine Teilung mit den ausländischen Monopolkapitalisten einlassen müssen.

#### KAMPF GEGEN NATIONALE UNTERDRÜCKUNG BEDEUTET KAMPF FÜR DEN FRIEDEN

Aber noch eine andere wichtige Aufgabe ergibt sich für die Nationale Front aus der Gefahr der nationalen Unterdrückung des deutschen Volkes. Das deutsche Volk muß sich in seinem Kampfe gegen die nationale Unterdrückung in das große anti-imperialistische Lager, in die Friedensfront einreihen, dessen stärkste Kraft die sozialistische Sowjetunion ist und dem die großen befreiten Gebiete Chinas, die mongolische Volksrepublik, die volksdemokratischen Länder Südosteuropas und viele andere vom Imperialismus befreite Länder — mehr als 500 Millionen Menschen — angehören. Es kann dafür keine Neutralität geben, denn der amerikanische Imperialismus zwingt die deutsche Nation zum Kampf für ihre Unabhängigkeit.

So groß auch noch die wirtschaftlichen Kräfte des imperialistischen Lagers, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika, sind, sie können damit die Welt nicht bezwingen. Sie werden erneut von einer großen Wirtschaftskrise erschüttert, und ihr Versuch, durch einen neuen Krieg der Krise zu entrinnen, muß und wird an den Kräften des antiimperialistischen Lagers scheitern.

Aber dazu ist es eben erforderlich, daß sich die Völker der vom Imperialismus bedrohten Länder eng um die Sozialistische Sowjetunion scharen, die der stärkste Friedensfaktor in der Welt ist. Und gerade hier liegt auch eine Aufgabe der Nationalen Front in Deutschland. Mit aller Entschiedenheit muß der infamen Hetze entgegengetreten werden, die von den Lakaien des amerikanischen Imperialismus, den westdeutschen Politikern und

Journalisten tagaus, tagein betrieben wird, um das deutsche Volk in den Krieg hineinzutreiben und es zum Werkzeug des amerikanischen Imperialismus zu machen. Auch die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes erfordert das mit aller Dringlichkeit. Die westlichen Besatzungsmächte wollen Deutschland in seiner industriellen Entwicklung aufhalten und es vom Weltmarkt abschließen, während dem deutschen Volke die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Osten gewaltige Möglichkeiten seiner industriellen Entwicklung und Steigerung seiner Lebenshaltung bieten. Wir haben dafür in der sowjetischen Besatzungszone bereits genügend gute Erfahrungen gesammelt.

#### DIE NÄCHSTEN AUFGABEN

Es gibt also genügend Argumente und Tatsachen, mit denen die Bedeutung und Notwendigkeit der Schaffung der Nationalen Front begründet werden kann. Wir müssen die Nationale Front schaffen, um in ganz Deutschland die notwendige Abwehr gegen die amerikanischen Unterdrückungspläne zu schaffen. Welche organisatorischen Formen die Nationale Front annehmen wird, das müssen wir vorläufig noch der weiteren Entwicklung überlassen. Zuerst gilt es den Gedanken der Nationalen Front fruchtbar werden zu lassen in der Werbung der Menschen, die dafür in Betracht kommen. Die für den Kampf erforderliche organisatorische Form wird sich dann erfahrungsgemäß sehr leicht finden. Es ist möglich, daß wir in der sowjetischen Besatzungszone die Volksausschüsse der deutschen Volkskongreßbewegung dafür verwenden können, wenn diese sich politisch auf diese neue Aufgabe umgestellt haben. Wir brauchen natürlich gewisse Verbindungsorgane, an die sich die Menschen wenden, die Anschluß an die Nationale Front suchen oder die wir dafür gewonnen haben. Das wird auch besonders im Westen Deutschlands der Fall sein. Vielleicht werden wir auch sehr bald dazu kommen, daß wir die Menschen länder- oder gebietsweise und vielleicht auch schon zentral zusammenfassen, um mit ihnen zusammen Aufrufe und Direktiven für die Schaffung und Arbeit der Nationalen Front herauszugeben. Vorläufig wird dazu die

Initiative der Deutsche Volksrat ergreifen und im Namen jener Kreise sprechen müssen, die die Nationale Front bilden werden. Es ist zweckmäßig, wenn wir eine Kommission einsetzen, die einen Aufruf oder ein Manifest für die Aufgaben und Ziele der Nationalen Front ausarbeitet und sie dann dem Präsidium des Deutschen Volksrats vorlegt, der dann entscheiden kann, ob er von sich aus ein solches Dokument herausgibt oder ob dazu eine neue Volksratstagung einberufen wird.

Ich hoffe, daß die heutige Aussprache über die Schaffung der Nationalen Front so viel Klarheit bringt, daß die einzusetzende Kommission die notwendigen Direktiven für ihre Arbeit bekommt. Lassen wir nie aus dem Auge die große Gefahr, die der nationalen Existenz des deutschen Volkes durch den amerikanischen Imperialismus droht, und die Gefahr eines neuen Krieges, aber auch die Möglichkeit und Notwendigkeit, durch die Nationale Front diese Gefahr vom deutschen Volke abzuwenden.

*„Neues Deutschland“, Berlin,  
24. Juli 1949.*

## Die KPD — die Partei der nationalen Einigung

*Unterredung mit einem Redaktionsmitglied des  
„Neuen Deutschlands“*

*Frage: Halten Sie die Wahlen zum Bundestag in Westdeutschland für demokratische Wahlen?*

*Antwort:* Nein. Diese Wahlen haben mit wirklicher Demokratie nichts gemein. Eine wirkliche demokratische Entscheidung hätte das Selbstbestimmungsrecht der Wähler zur Voraussetzung gehabt, eine Abstimmung darüber, ob sie überhaupt einen separaten Weststaat mit Besatzungsstatut und Aufrechterhaltung der militärischen Dauerbesetzung wünschen. Darüber ließ man aber nicht die Wähler entscheiden, sondern schuf fertige Tatsachen gegen den Willen der Mehrheit des Volkes.

*Frage: Sie sind also der Meinung, daß den gegenwärtigen Wahlen in Westdeutschland keine oder nur eine geringe Bedeutung zukommt?*

*Antwort:* Im Gegenteil. Die amerikanischen Imperialisten wollen sich durch Lüge, Betrug und Hetze gegen die Kommunisten eine Unterstützung der Wähler für die Realisierung ihrer Pläne verschaffen, für die verstärkte Ausplünderung Westdeutschlands durch den Marshallplan, das Ruhrdiktat, den JEIA-Betrug, um Westdeutschland zur Basis ihrer Kolonial- und Kriegspolitik in Europa zu machen. Dabei wollen sie besonders durch ihre Wahldemagogie eine Unterstützung jener deutschen Politiker erreichen, die als ihre Helfershelfer zur Unterdrückung des deutschen Volkes tätig sind.

Die große Bedeutung dieser Wahlen liegt darin, daß sie allen fortschrittlichen und wirklich patriotischen Kräften die Möglichkeit zu einer breiten Sammlung in der Nationalen Front bieten, obwohl diese Kräfte besonders in der Wahlzeit auf das ernsteste behindert werden und das ganze Feuer der Verleumdungen, Lüge, Hetze und des direkten Wahlterrors sich gegen sie wendet.

Die Verhaftung und Verurteilung der Arbeiter, die sich gegen

die Demontage auflehnen, die Beschlagnahme von Wahlmaterial, das sich gegen die hohen Besatzungskosten richtet, die Verweigerung von Versammlungssälen, Druckmöglichkeiten und schließlich die Organisation von Terrorgruppen von verhetzten Anhängern der CDU führten bereits zu zahlreichen Überfällen auf Versammlungen der Kommunisten und schließlich zu der furchtbaren Bluttat gegen den Färber Alfons Wunderlich in Bayern, der wegen seiner vaterländischen Überzeugung ermordet wurde.

*Frage: Wie beurteilen Sie die Wahlprogramme der CDU und SPD?*

*Antwort:* Diese Wahlprogramme sind ein Gipfelpunkt der Demagogie und des Betrugs. Gerade jetzt, wo sich die Folgen der Marshallpolitik und der Kolonisierung Westdeutschlands immer deutlicher zeigen, wo Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Betriebsstillegungen, Demontagen, Bankrotte sich immer mehr häufen, wagen es die Führer dieser Parteien, ihren schwankenden Anhängern Wahlversprechungen zu machen, an deren Verwirklichung sie nicht denken, sondern sehr genau wissen, daß allein die Besatzungskosten, der Ausverkauf der deutschen Wirtschaft an die ausländischen Imperialisten, die Erdrosselung des Exports durch die JEIA, die Lage des deutschen Volkes nur noch mehr verschlechtern wird. Wer die Marshallpolitik billigt und unterstützt, wer für die Schaffung eines separaten Weststaates eintritt, der ist voll verantwortlich für die wachsende Not und die zunehmende Existenzunsicherheit.

*Frage: Wie beurteilen Sie die Auseinandersetzungen zwischen der CDU und der SPD?*

*Antwort:* Diese Auseinandersetzungen dürfen von niemandem ernst genommen werden. Den daran beteiligten Parteiführern geht es nur um Ministersessel im westdeutschen Kolonialstaat. Ob Dr. Erhard für die freie Initiative des Unternehmers eintritt und Dr. Schumacher wieder einmal von Sozialismus spricht, so sind das zwei Seiten einer gemeinsamen Politik des Massenbetrugs, denn beide führen die Aufträge des amerikanischen Imperialismus mit allen ihren Konsequenzen durch und betreiben

damit den schlimmsten nationalen Verrat an der Sache unseres Volkes.

*Frage: Steht das, was Sie soeben sagten, nicht im Widerspruch zu den Reden von Adenauer und Schumacher gegen die Demontagen?*

*Antwort:* Durchaus nicht. Die amerikanischen und britischen Imperialisten sehen natürlich das Ausmaß der Empörung über die vertragswidrigen Demontagen, und deshalb sollen die Adenauer und Schumacher mit ihrer Scheinopposition die Empörung auffangen und die Massen vom Widerstand ablenken. Ein erfolgreicher Kampf gegen die Demontagen ist nur möglich, wenn sich die Volksmassen zum gemeinsamen Kampf gegen die ausländischen Imperialisten verbünden, die nicht nur die Betriebe der Friedensindustrie demontieren, sondern die ganze deutsche Wirtschaft in einer Zwangsjacke halten.

*Frage: Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Nationalen Front in Westdeutschland?*

*Antwort:* Obwohl erst in ihrem Anfangsstadium, hat die Nationale Front in Westdeutschland bereits einen beachtlichen Widerhall gefunden. Das zeigt sich vor allem auch in der Forderung der Arbeiter und Unternehmer für die wirtschaftliche Einheit Deutschlands, für die sofortige Herstellung von Handelsbeziehungen mit dem Osten. Viele Delegationen aus westdeutschen Betrieben, die sich aus Arbeitern, Technikern und Unternehmern zusammensetzen, fahren zur Deutschen Wirtschaftskommission nach Berlin, um dort Wirtschaftsverhandlungen zu führen. Die Proteste wachsen, und der Unwille wird immer lauter über die Sabotage dieser Handelsbeziehungen durch den Frankfurter Wirtschaftsrat. Durch die Forderung auf den Handel zwischen Ost und West kommt das wirkliche nationale Wollen zu einem einheitlichen Deutschland, zu einem Friedensvertrag und zum Abzug der Besatzungstruppen, die zunehmende Enttäuschung über die Folgen der Marshallpolitik zum Ausdruck.

Die sich gegenwärtig in allen Teilen Westdeutschlands unter den verschiedenartigsten Namen bildenden Arbeitskreise und

die Demontage auflehnen, die Beschlagnahme von Wahlmaterial, das sich gegen die hohen Besatzungskosten richtet, die Verweigerung von Versammlungssälen, Druckmöglichkeiten und schließlich die Organisation von Terrorgruppen von verhetzten Anhängern der CDU führten bereits zu zahlreichen Überfällen auf Versammlungen der Kommunisten und schließlich zu der furchtbaren Bluttat gegen den Färber Alfons Wunderlich in Bayern, der wegen seiner vaterländischen Überzeugung ermordet wurde.

*Frage: Wie beurteilen Sie die Wahlprogramme der CDU und SPD?*

*Antwort:* Diese Wahlprogramme sind ein Gipfelpunkt der Demagogie und des Betrugs. Gerade jetzt, wo sich die Folgen der Marshallpolitik und der Kolonisierung Westdeutschlands immer deutlicher zeigen, wo Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Betriebsstillegungen, Demontagen, Bankrotte sich immer mehr häufen, wagen es die Führer dieser Parteien, ihren schwankenden Anhängern Wahlversprechungen zu machen, an deren Verwirklichung sie nicht denken, sondern sehr genau wissen, daß allein die Besatzungskosten, der Ausverkauf der deutschen Wirtschaft an die ausländischen Imperialisten, die Erdrosselung des Exports durch die JEIA, die Lage des deutschen Volkes nur noch mehr verschlechtern wird. Wer die Marshallpolitik billigt und unterstützt, wer für die Schaffung eines separaten Weststaates eintritt, der ist voll verantwortlich für die wachsende Not und die zunehmende Existenzunsicherheit.

*Frage: Wie beurteilen Sie die Auseinandersetzungen zwischen der CDU und der SPD?*

*Antwort:* Diese Auseinandersetzungen dürfen von niemandem ernst genommen werden. Den daran beteiligten Parteiführern geht es nur um Ministersessel im westdeutschen Kolonialstaat. Ob Dr. Erhard für die freie Initiative des Unternehmers eintritt und Dr. Schumacher wieder einmal von Sozialismus spricht, so sind das zwei Seiten einer gemeinsamen Politik des Massenbetrugs, denn beide führen die Aufträge des amerikanischen Imperialismus mit allen ihren Konsequenzen durch und betreiben

damit den schlimmsten nationalen Verrat an der Sache unseres Volkes.

*Frage: Steht das, was Sie soeben sagten, nicht im Widerspruch zu den Reden von Adenauer und Schumacher gegen die Demontagen?*

*Antwort:* Durchaus nicht. Die amerikanischen und britischen Imperialisten sehen natürlich das Ausmaß der Empörung über die vertragswidrigen Demontagen, und deshalb sollen die Adenauer und Schumacher mit ihrer Scheinopposition die Empörung auffangen und die Massen vom Widerstand ablenken. Ein erfolgreicher Kampf gegen die Demontagen ist nur möglich, wenn sich die Volksmassen zum gemeinsamen Kampf gegen die ausländischen Imperialisten verbünden, die nicht nur die Betriebe der Friedensindustrie demontieren, sondern die ganze deutsche Wirtschaft in einer Zwangsjacke halten.

*Frage: Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Nationalen Front in Westdeutschland?*

*Antwort:* Obwohl erst in ihrem Anfangsstadium, hat die Nationale Front in Westdeutschland bereits einen beachtlichen Widerhall gefunden. Das zeigt sich vor allem auch in der Forderung der Arbeiter und Unternehmer für die wirtschaftliche Einheit Deutschlands, für die sofortige Herstellung von Handelsbeziehungen mit dem Osten. Viele Delegationen aus westdeutschen Betrieben, die sich aus Arbeitern, Technikern und Unternehmern zusammensetzen, fahren zur Deutschen Wirtschaftskommission nach Berlin, um dort Wirtschaftsverhandlungen zu führen. Die Proteste wachsen, und der Unwille wird immer lauter über die Sabotage dieser Handelsbeziehungen durch den Frankfurter Wirtschaftsrat. Durch die Forderung auf den Handel zwischen Ost und West kommt das wirkliche nationale Wollen zu einem einheitlichen Deutschland, zu einem Friedensvertrag und zum Abzug der Besatzungstruppen, die zunehmende Enttäuschung über die Folgen der Marshallpolitik zum Ausdruck.

Die sich gegenwärtig in allen Teilen Westdeutschlands unter den verschiedenartigsten Namen bildenden Arbeitskreise und

Arbeitsgemeinschaften für die Nationale Front zeigen, wie ein neues nationales Bewußtsein, frei von Chauvinismus und Nationalismus, sich zu entwickeln beginnt. Ich begrüße, daß sich die deutschen Männer, Frauen und die Jugend in Westdeutschland ohne Unterschied ihrer Weltanschauungen, ihrer Parteizugehörigkeit, ihrer sozialen Stellung zueinanderfinden und in ihrer großen Sorge um die nationale Existenz ihres Vaterlandes zu gemeinsamem Handeln gelangen.

*Frage: Sind Sie der Meinung, daß der Exkommunizierungserlaß des Papstes Einfluß auf das Wahlergebnis in Westdeutschland hat?*

*Antwort:* Der Erlaß richtet sich formell gegen die Kommunisten, in Wirklichkeit aber sollen mit ihm alle diejenigen getroffen werden, die gemeinsam mit den Kommunisten für die Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands gegen den kriegerischen amerikanischen Imperialismus kämpfen. Diese Absicht wird unterstrichen durch die Tatsache, daß der Erlaß des Papstes ein Produkt der Unterredung mit einem Sonderbeauftragten der amerikanischen Hochfinanz ist. Ich bin überzeugt, daß die breite Masse der gläubigen Katholiken mit Befremden und Entsetzen sieht, daß der Papst sich zum Schaden der Kirche in die ureigensten nationalen Gewissensfragen des deutschen Volkes einmischt.

*Frage: Können auch die ehemaligen NSDAP-Anhänger ihren Platz in der Nationalen Front finden?*

*Antwort:* Diese Frage ist zweifellos von großer Bedeutung für einen seine Heimat liebenden Deutschen. Auch wenn er sich von dem Chauvinismus und Nationalismus Hitlers vorübergehend auf Irrwege hat führen lassen, kann es für ihn keine andere Entscheidung geben als die Orientierung auf die Nationale Front. Die ehemaligen Nationalsozialisten müssen erkennen, daß es eine Lösung der deutschen Lebensfrage, die Sicherung der deutschen Nation nur geben kann im gemeinsamen Kampf aller ehrlichen, friedlichen Patrioten Deutschlands gegen die Zerstörer Deutschlands und Organisatoren eines neuen Krieges. Für die Einreihung der ehemaligen Nationalsozialisten in die Nationale Front gibt es keine andere Bedingung als ihren

ehrlichen Willen, für die Einheit und die Unabhängigkeit Deutschlands zu kämpfen.

*Frage: Wie beurteilen Sie die Politik der CDU und SPD gegenüber den Umsiedlern?*

*Antwort:* Hierzu hatte ich mich schon einige Male geäußert. Es wird von den Führern dieser Parteien ein schamloser Betrug an den Umsiedlern verübt. Anstatt ihnen zu helfen, aus ihrer Not herauszukommen, ihnen Existenz und Heimatrecht zu verschaffen, versuchen sie die Umsiedler durch eine neue nationalistische und chauvinistische Hetze gegen die Sowjetunion und Polen für einen neuen Krieg zu gewinnen. Der amerikanische Imperialismus will ihre Leiber und ihr Blut für einen dritten Weltkrieg. Wenn es nach dem amerikanischen Imperialismus und seinen deutschen Helfershelfern geht, sollen sie nirgends eine Heimat finden, sondern im Massengrab umkommen. Wir fordern eine umfassende Hilfe für die Umsiedler, es muß ihnen Wohnraum, Land und Arbeit verschafft und die politische Gleichberechtigung gegeben werden. Ich warne hiermit die Umsiedler eindringlich, auf den Massenbetrug der westlichen Parteipolitiker hereinzufallen.

*Frage: Wie beurteilen Sie die Haltung der KPD in diesem Wahlkampf?*

*Antwort:* Ich habe das Wahlprogramm der KPD gründlich studiert. Ich möchte nur, alle Wähler täten das gleiche, bevor sie zur Wahlurne schreiten. In diesem Wahlprogramm gibt es nichts von demagogischen Versprechungen, sondern in ihm wird die Lebensfrage des Volkes klar und eindeutig beantwortet. Die Wahlplattform der KPD läßt keinen Zweifel darüber, daß die Kommunistische Partei den Wahlkampf nicht im Sinne parteipolitischer Interessen, sondern in der großen Linie der nationalen Existenzfragen unseres Volkes führt. Die KPD trifft sich in ihren großen Forderungen mit allen vaterländisch denkenden Deutschen, und diese Forderungen lauten:

Einheit Deutschlands, sofortiger Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, Abzug der Besatzungstruppen aus ganz Deutschland, wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung des

werktätigen Volkes, Sicherung der selbständigen Existenz der Handwerker, Bauern und Unternehmer, Freundschaft mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern, Frieden und Verständigung.

Darum ist die Kommunistische Partei in diesem Wahlkampf die Partei der nationalen Einigung unseres Volkes, darum muß jeder verantwortungsbewußte Deutsche, der sein Vaterland liebt, der das Glück seiner Familie und die Zukunft seiner Kinder sichern will, seine Stimme abgeben für die Kandidaten der Kommunistischen Partei, an deren Spitze der bewährte Sohn des deutschen Volkes, Max Reimann, steht.

*„Neues Deutschland“, Berlin,  
4. August 1949.*

## Im Kampf für den Frieden

Am 7. Oktober 1947 brachte das „Neue Deutschland“ einen Bericht über die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien. Es waren folgende Parteien vertreten: die Kommunistischen Parteien Bulgariens, Rumäniens, Jugoslawiens, Ungarns, Frankreichs, Italiens, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und die polnische Arbeiterpartei. Die Konferenzteilnehmer vereinbarten:

1. Die Bildung eines Informationsbüros für alle an der Konferenz beteiligten Parteien.
2. Durchführung eines Erfahrungsaustausches und die Koordinierung der Arbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien auf der Grundlage eines gegenseitigen Einverständnisses.
3. Herausgabe eines Nachrichtenorgans.

Ferner wurde festgestellt, daß je zwei Mitglieder der Leitungen der angeschlossenen Parteien im Informationsbüro vertreten sein sollen. Als Sitz des Informationsbüros wurde Belgrad bestimmt.

Die Gründung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien rief ein ungewöhnlich großes Echo in der ganzen Welt hervor. Alle reaktionären Zeitungen heulten auf: „Moskau gründet neue Kommunistische Internationale!“ „Moskau will Marshallplan torpedieren!“ und ähnliche hysterische Schlagzeilen standen in diesen Tagen auf der ersten Seite der gesamten Kriegshetzerpresse. Damit bewies diese Presse nur, daß den Kriegshetzern und Reaktionären ein entschiedener Schlag durch die Bildung des Informationsbüros versetzt worden war. Im Jahre 1947 hatten zwei internationale Konferenzen sozialdemokratischer Parteien stattgefunden, ohne daß davon die Redaktionen der Zeitungen vom Schlage der „New York Times“, der „Daily Mail“, des „Figaro“, des „Tagespiegel“ oder der „Neuen Zeitung“ in Aufregung geraten wären.

In der Konferenz der neun kommunistischen und Arbeiterparteien sahen die Kriegshetzer eine ernste Bedrohung ihrer Politik.

Das Kommuniqué der Informationskonferenz und das Referat des Vertreters der KPdSU (B), des inzwischen verstorbenen Genossen A. Shdanow, brachten eine grundlegende Analyse der veränderten internationalen Lage nach dem zweiten Weltkrieg. Genosse A. Shdanow führte aus, daß im zweiten Weltkrieg die imperialistische Kräftegruppe andere Ziele verfolgte als die Sowjetunion und die demokratischen Länder. Letztere wollten die Beseitigung des Faschismus, die Verhinderung jeder Möglichkeit einer neuen Aggression durch Deutschland, die Wiederherstellung und Festigung der demokratischen Ordnung Europas.

Die imperialistischen Mächte, voran die USA, setzten sich ein anderes Ziel: die Ausschaltung der deutschen und der japanischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Nachdem die militärische Macht der faschistischen Aggressoren zerschlagen war, mußte die unterschiedliche Zielsetzung der Siegermächte zu einer grundlegend verschiedenen Politik der imperialistischen Mächte und der demokratischen Kräfte führen.

Die Ausschaltung Deutschlands, Japans und Italiens aus der Gruppe der großen imperialistischen Länder, die Befreiung der von den faschistischen Landräubern besetzten Gebiete führten zu einer Stärkung der demokratischen Kräfte in der ganzen Welt, stärkten die Autorität der kommunistischen Parteien, da diese überall an der Spitze des Kampfes gegen den Faschismus, gegen den Krieg und gegen die nationale Unterdrückung standen. Trotz der unerhörten Blutopfer der Sowjetvölker ist die Sowjetunion gestärkt aus diesem Krieg hervorgegangen. Sie ist die größte politische und moralische Kraft im Kampfe gegen den Faschismus und für den Frieden der Welt.

Gleichzeitig entstand als Folge der Niederlage des deutschen und italienischen Faschismus und des entscheidenden Anteils der Sowjetarmeen an dieser Niederlage in Ost- und Südosteuropa ein neuer Typ von Volksrepubliken. In diesen Volksrepubliken ist die materielle Macht der Großgrundbesitzer und der in- und ausländischen Großbourgeoisie gebrochen. Ihre Ent-

machtung bedeutet aber gleichzeitig die Ausschaltung der imperialistischen Einflußsphäre in diesen volksdemokratischen Ländern.

#### DIE PERIODE DES „KALTEN KRIEGES“

Die Nachkriegspolitik der amerikanischen Monopolherren richtete sich deshalb darauf, das für sie unangenehme Resultat des zweiten Weltkrieges zu korrigieren. Es begann die Periode des „kalten Krieges“ gegen die wirtschaftliche Macht, gegen die politische und moralische Stärke der sozialistischen und volksdemokratischen Länder. Truman verkündete seine Doktrin, die Schaffung amerikanischer Stützpunkte in der ganzen Welt, besonders aber im Ostteil des Mittelmeeres, die demonstrative Unterstützung des reaktionären Regimes in Griechenland und den massiven propagandistischen Druck gegen die volksdemokratischen Staaten, um sie zu Konzessionen gegenüber den imperialistischen Monopolverbänden zu bewegen. Genosse A. Shdanow zeigte in seinem Referat den Zusammenhang zwischen dieser sogenannten Trumandoktrin und dem mit so großem Geschrei propagierten Marshallplan, den er wie folgt charakterisierte:

„Der Marshallplan widerspricht den normalen Grundsätzen der internationalen Zusammenarbeit, bringt die Spaltung Europas sowie die Gefahr der Unterwerfung einer Reihe von europäischen Ländern unter die Interessen des amerikanischen Kapitals und ist darauf berechnet, den monopolistischen Konzernen Deutschlands zu helfen.“

Jetzt, nach zwei Jahren Praxis der Marshallplanpolitik kann jedes Land, das der Marshallplanhilfe teilhaftig wurde, davon ein Lied singen, wie die USA-Exporteure den Ländern Waren aufzwingen, die sie weder einführen wollen noch bezahlen können. Der Marshallplan erwies sich als ein Mittel der Hinauszögerung der Krise in den USA auf Kosten der marshallisierten Länder. Die USA-Politik in Deutschland führte zur Stärkung der Machtpositionen der Konzernherren und ihrer Geschäftsführer, vereitelte alle Sozialisierungspläne im Kohlenbergbau, läßt kein Ende der Demontagepolitik in Westdeutschland erkennen und

zieht Westdeutschland durch die wachsende Verschuldung in den Strudel der von Amerika herannahenden Wirtschaftskrise.

#### DER GEGENSCHLAG

Gegen diese Politik der wirtschaftlichen Erpressung, der militärischen Drohungen und propagandistischen Bluffs, die darauf hinauszielen, die Völker für einen Krieg gegen die demokratischen und sozialistischen Länder zu gewinnen, gilt es, das Lager des Friedens zu stärken und seine Kraft richtig einzusetzen.

„Die Hauptgefahr für die Arbeiterklasse besteht jetzt in der Unterschätzung ihrer Kräfte und in der Überschätzung der gegnerischen Kräfte“,

erklärte A. Shdanow in seinem Referat. Allein diese Feststellung und die daraus resultierenden praktischen Maßnahmen der kommunistischen und Arbeiterparteien zur Mobilisierung aller Kräfte des Friedens in der ganzen Welt beweisen, wie notwendig der Schritt der kommunistischen und Arbeiterparteien zur Schaffung der Informationsbüros war. Die Kriegshetzer wichen vor der Kraft der Millionen in allen Ländern der Welt zurück, die Frieden verlangen und ihren Willen zum Ausdruck bringen, für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen. Die Weltfriedensbewegung, die Kongresse in Paris und Prag, der unaufhaltsame Vormarsch der chinesischen Volksarmee unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas zwang die Kriegshetzer und ihre Hintermänner in der Wallstreet, kurz zu treten.

Während im Dezember 1947 der amerikanische Außenminister die Londoner Außenministerkonferenz sprengte, sahen sich die USA 1949 gezwungen, sich wieder mit der Sowjetunion an einen Verhandlungstisch zu setzen. In London 1947 wie in Paris 1949 stand die Frage eines Friedensvertrages für ein einheitliches Deutschland. Die Politik der Sowjetunion hat sich nicht verändert. Sie besteht konsequent darauf, gegenüber Deutschland keine Rachepolitik durchzuführen, sondern, wie Genosse A. Shdanow in seinem Referat betonte, die Bildung eines einheitlichen, friedlichen, entmilitarisierten, demokratischen Deutschlands zu unterstützen. Es ist bekannt, daß nicht nur die Kommunistische Partei

der Sowjetunion (Bolschewiki), sondern alle volksdemokratischen Länder in dieser Frage eine einheitliche Auffassung haben. Das kam zum Ausdruck auf der Warschauer Außenministerkonferenz der volksdemokratischen Länder und der Sowjetunion im Juni 1948, und das zeigte sich auf unserer I. Parteikonferenz im Januar dieses Jahres, als die Vertreter fast aller europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien ihre völlige Solidarität mit dem Kampf des deutschen Volkes um seine Einheit und um einen gerechten Frieden erklärten. Die kommunistischen Parteien und die vereinigten Arbeiterparteien wissen, daß unser Kampf um Einheit und Frieden in keinem Widerspruch steht zu den Interessen ihrer Länder. Im Gegenteil, sie haben sich durch die Entfaltung der demokratischen Kräfte in unserer Zone davon überzeugt, daß ein demokratisches, geeintes Deutschland die beste Sicherheit bietet für ein friedliches Zusammenleben ihrer Völker und des deutschen Volkes. So hat die Bildung des Informationsbüros, die Koordinierung der Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien dazu geführt, in den volksdemokratischen Ländern, aber auch in England, Frankreich und Italien Klarheit darüber zu schaffen, daß es in ganz Deutschland starke demokratische Kräfte gibt, die von allen friedliebenden Menschen unterstützt werden müssen, wenn der Frieden gewonnen werden soll.

#### KAMPF GEGEN NATIONALISMUS

Das Kommuniqué zur Bildung des Informationsbüros ist auch von den Vertretern der Kommunistischen Partei Jugoslawiens unterschrieben worden. Im Juni 1948 mußte eine erneute Konferenz feststellen, daß die Kommunistische Partei Jugoslawiens unter der Führung von Tito nicht nur die Vereinbarungen des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien mißachtete, sondern in grundlegenden Fragen von den Prinzipien einer sozialistischen Politik abgewichen war. Die jugoslawische Partei wurde aus der Familie der kommunistischen Parteien ausgestoßen, weil sie die führende Rolle der kommunistischen Parteien im Kampf um den Sozialismus, die führende Rolle der

Sowjetunion bei der Niederschlagung des Faschismus und der Errichtung der Volksrepubliken leugnete. Der Sitz des Informationsbüros wurde nach Bukarest verlegt. Seit dieser Zeit haben die Führer der Kommunistischen Partei Jugoslawiens mit Tito an der Spitze genügend Beweise erbracht, daß sie das Lager des Friedens verlassen haben und sich als Agenten der Kriegshetzer des amerikanischen Monopolkapitals verdingen. Die Weltfront des Sozialismus ist stark genug, um den Verrat eines Tito zu überwinden. In der herannahenden Weltwirtschaftskrise wird es keinen Pardon geben. Wer sich dem Dollar verschrieben hat, muß bluten. Kein Terror der Tito-Clique gegen die eigene Partei und gegen das eigene Volk wird stark genug sein, um nicht die Erkenntnis von der Richtigkeit der gradlinigen Politik der kommunistischen Parteien, der Friedenspolitik der Sowjetunion Gemeingut aller klassenbewußten und aufrichtigen Arbeiter und Bauern Jugoslawiens werden zu lassen.

#### DIE PLANE DER IMPERIALISTEN WERDEN SCHEITERN

Genosse A. Shdanow schloß sein Referat auf der Gründungskonferenz des Informationsbüros mit einem flammenden Appell an die kommunistischen Parteien. In diesem Appell heißt es:

„Wenn die kommunistischen Parteien fest auf ihrem Posten stehen werden, wenn sie sich nicht einschüchtern und erpressen lassen, wenn sie fest auf der Wacht eines dauerhaften Friedens und der Volksdemokratie, auf der Wacht der nationalen Souveränität der Freiheit und der Unabhängigkeit ihrer Länder stehen, wenn sie es verstehen werden, in ihrem Kampf gegen die Versuche der wirtschaftlichen und politischen Versklavung ihrer Länder sich an die Spitze aller Kräfte zu stellen, die die Sache der Ehre und der nationalen Unabhängigkeit zu vertreten bereit sind, werden keinerlei Pläne zur Versklavung Europas verwirklicht werden können.“

Diese mahnenden Worte gelten in vollem Umfang für uns Sozialisten in Deutschland. Wenn wir verstehen, alle Kräfte zu mobilisieren, die in einer starken nationalen Front die Sache der nationalen Selbständigkeit, der Einheit Deutschlands, eines gerechten Friedensvertrages und des demokratischen Wirtschafts-

aufbaus verfißt, wird Deutschland keine amerikanische Kolonie, sondern eine friedliche, demokratische Republik, gleichberechtigt in der Familie friedliebender Völker, sein. Für diese große nationale Sache finden wir bei den besten Kämpfern gegen den Faschismus, gegen die Weltreaktion, bei den mutigen Streitern für den Frieden tatkräftige Hilfe. Darin liegt die große Bedeutung des Informationsbüros für uns deutsche Sozialisten. Darin liegt auch die große Chance für das deutsche Volk, den Kampf für Einheit und Frieden zu gewinnen.

„Vorwärts“, Berlin,  
11. August 1949.

## Wer hilft den Umsiedlern?

*Aus der Rede auf der großen Umsiedlerkundgebung in Berlin  
am 12. August 1949*

Von der Not, die durch den Hitlerkrieg über das deutsche Volk gebracht wurde, sind wohl am schlimmsten die Menschen betroffen, die durch den Hitlerkrieg ihre Heimat verloren haben. Es sind das die annähernd zwölf Millionen Menschen aus den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße, die nach dem übrigen Teil Deutschlands umgesiedelt wurden.

Es ist nur zu verständlich, daß sie darüber besonders unglücklich und von der Hoffnung erfüllt sind, daß sie doch wieder in ihre alte Heimat zurückkehren werden. Dieses Unglück und diese Hoffnung werden nun zu einem großen Massenbetrug an den Umsiedlern benutzt, und zwar von Politikern, die im Dienste der westlichen Besatzungsmächte die Empörung der Umsiedler für reaktionäre Pläne und sogar für einen neuen Krieg ausnutzen wollen. Das ist eine große Gefahr für Deutschland, für das deutsche Volk und damit auch für die Umsiedler selbst.

Darum ist ein wahrhaftes offenes und ehrliches Wort an die Umsiedler dringend vonnöten. Es kann nicht zugelassen werden, daß sie in ein noch größeres Elend hineingetrieben werden. Es muß ihnen der Zusammenhang klargemacht werden, wieso sie in diese unglückliche Lage gekommen sind. Sie müssen die wahren Ursachen erkennen, um die richtigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Der Hitlerfaschismus hat durch seinen Krieg nicht nur die Umsiedler, sondern das ganze deutsche Volk in große Not und unermessliches Elend gebracht. Es sind nicht nur die Millionen Tote, es ist die Zerstörung von vielen Städten und Dörfern und Betrieben durch die Bombardierungen, und es ist die völlige Deformierung der Wirtschaft, ihre ausschließliche Einstellung auf die Kriegsproduktion, die die große Not des deutschen Volkes hervorgerufen haben.